



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Arbeit – das halbe Leben?

Debatten über Stress am Arbeitsplatz, Sonntagsarbeit, Pflege und Rente

Inhalt

„Arbeit ist das halbe Leben“ 5 – 12

Gute Arbeit, schlechte Arbeit	5
Diskussion um Sonntagsarbeit	6
Gesundheitsmanagement für Lehrer	7
Umfrage: Abgeordnete und ihre erlernten Berufe	8

Im Rückblick:

Der Metallarbeiterstreik 1956/57	10
Debatten über Renten und Pflege	12

Die Seite für das Ehrenamt	13
----------------------------	----

Personalien	14
--------------------	----

Im Zentrum

Die Wappen im Landeshaus	16 – 17
--------------------------	---------

Plenarberichte 18 – 19

Bafög, Fairness im Wahlkampf	18
Haus der Geschichte	19

Altenparlament für höhere Renten	20
----------------------------------	----

Ausschüsse: Endlagersuche, Wahlprüfung, Straßenverwaltung	21
--	----

Leichte Sprache: Behinderte Menschen ohne Wahl-Recht	22
---	----

Die Bundestagswahl im Lande	23
-----------------------------	----

Parlamentarismus 24 – 25

Was ist erlaubt im Plenum?	24
Neue Abgeordnete über ihre ersten Eindrücke	25

500 Jahre Reformation 26 – 28

Gespräch mit dem Luther-Biografen Prof. Heinz Schilling	26
Geschichtswettbewerb: Kriminalfall Luther	28

Bücherecke, Impressum	29
-----------------------	----

Im Porträt:

Katrin Wagner-Bockey (SPD)	30
----------------------------	----

Ins Bild gerückt:

Zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die politischen Debatten im Landtag wurden zuletzt überschattet von der Trauer um Axel Bernstein. Der CDU-Parlamentarier war am 24. August tödlich verunglückt. Abgeordnete und Mitarbeiter sind noch immer bestürzt über den plötzlichen Tod des Christdemokraten, der nur 43 Jahre alt wurde. An den Debatten im Juli über die Ladenöffnung am Sonntag und über gestresste Lehrer hat Axel Bernstein noch teilgenommen. Diese Themen sind Teil unseres inhaltlichen Schwerpunktes – der Ausgestaltung der Arbeitswelt. Wir haben außerdem bei Abgeordneten nachgefragt, wie sich ihr berufliches „Vorleben“ auf ihre jetzige politische Tätigkeit auswirkt. Und wir blicken zurück ins Jahr 1956, als die Metallarbeiter im Norden für eine soziale Errungenschaft in den Streik traten, die heute selbstverständlich scheint: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Am 31. Oktober feiern die evangelischen Christen das 500. Jubiläum der Kirchenreformation. Wir haben dazu den Luther-Biografen Prof. Heinz Schilling befragt, der im Sommer im Landtag zu Gast war. Der 13-jährige Niklas Bruhn aus Dithmarschen hat sich ebenfalls mit dem Reformator beschäftigt. Der Nachwuchs-Historiker hat einem geplanten Mord an Martin Luther nachgespürt und damit einen ersten Preis beim Landesgeschichtswettbewerb gewonnen. Wir stellen seine Arbeit vor.

Viel Freude beim Lesen
und einen schönen Herbst wünscht

Ihre Redaktion



Trauer um Axel Bernstein

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag zu Beginn seiner September-Sitzung des langjährigen Abgeordneten Axel Bernstein gedacht. Der CDU-Politiker war am 24. August auf seinem Grundstück in Wahlstedt (Kreis Segeberg) tödlich verunglückt. „Wir haben einen engagierten, humorvollen und über alle Fraktionsgrenzen hinweg hoch geachteten Kollegen verloren“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie.

Bernstein, der in Neumünster geboren wurde und seit seiner Jugendzeit in Wahlstedt wohnte, hinterlässt Ehefrau Melanie und zwei Kinder. Er wurde 43 Jahre alt. Schlie sprach der Familie das Mitgefühl aller Abgeordneten aus.

Der Historiker und Kommunikationsberater zog 2005 erstmals in den Landtag ein. 2009 erlangte Bernstein den Dokortitel und wurde, bis 2012, Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Ab 2015 agierte er als Landesgeschäftsführer der CDU, den Posten gab Bernstein Ende vergangenen Jahres ab. Im Landtag hatte er sich auf die Bereiche Innen und Recht sowie Medien spezialisiert. Bei der Wahl im Mai hatte Axel Bernstein seinen Wahlkreis Segeberg-Ost erneut klar gewonnen.

Landtagspräsident Schlie hob hervor, dass Axel Bernstein zwar akzentuiert und mit Entschiedenheit für seine Überzeugung eingetreten sei – „dies aber mit einem ganz eigenen, besonders feinen und fairen Stil, dem er auch in jeder noch so hart geführten Debatte treu blieb“.

Anette Röttger neu im Landtag

In der September-Sitzung hat Landtagspräsident Klaus Schlie die Lübecker CDU-Politikerin Anette Röttger als Landtagsabgeordnete verpflichtet. Röttger trat die Nachfolge des verstorbenen Axel Bernstein an. Sie ist die nächstfolgende Kandidatin auf der CDU-Landesliste zur Wahl am 7. Mai. Die 53-Jährige ist Diplom-Ernährungswissenschaftlerin, verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit 2008 gehört sie der Lübecker Bürgerschaft an, seit 2012 ist sie CDU-Kreisvorsitzende in der Hansestadt.



Haushalt 2018 erst im Februar

Erst im kommenden Februar will die Koalition den Landeshaushalt 2018 beschließen. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) hat dem Finanzausschuss einen entsprechenden Zeitplan vorgelegt. Demnach sollen bis Anfang Oktober die Haushaltseckwerte neu gefasst und vom Kabinett beschlossen werden. Ende November will die Regierung über ihren Haushaltsentwurf entscheiden. Die Erste Lesung im Landtag ist für Mitte Dezember vorgesehen, anschließend beraten die Ausschüsse und die Fraktionen. Die Zweite Lesung ist dann für die Sitzung vom 21. bis 23. Februar 2018 angesetzt.

Die Neubildung der Landesregierung und der veränderte Zuschnitt der Ressorts erforderten eine Korrektur der bisherigen Planungen, so Heinold. Normalerweise werden die Haushalte jeweils im Dezember des Vorjahres verabschiedet. Die Opposition kritisierte den Plan: Damit würden sämtliche Landesverwaltungen zwei Monate lang zur Tatenlosigkeit gezwungen, rügte Lars Harms (SSW).

„Rockeraffäre“ wohl bald im Untersuchungsausschuss

Die SPD-Fraktion will einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der sogenannten Rockeraffäre beantragen. Das hat der innenpolitische Sprecher Kai Dolgner Anfang August erklärt. Dolgner kündigte den entsprechenden Antrag für die Oktober- oder Novembersitzung an und skizzierte acht mögliche Themenkomplexe. Im Kern geht es um Vorwürfe von Mobbing, Aktenmanipulation und der Unterdrückung von Beweismitteln gegen das Landeskriminalamt. Die Behörde soll Ermittlungen erschwert haben, um einen vermeintlichen V-Mann aus der Rocker-Szene zu decken.

Die Reaktion auf den SPD-Vorstoß war verhalten. Die anderen Fraktionen verwiesen auf die bereits laufenden Untersuchungen im Innen- und Rechtsausschuss, der Akteneinsicht zu dem sieben Jahre alten Fall beantragt hat. Diese sei noch nicht abgeschlossen, so dass ein PUA zu früh komme. Der Landtag muss einen Untersuchungsausschuss einsetzen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder dies verlangt. Das wären 15 der 73 Abgeordneten. Die SPD verfügt über 21 Mandate.

Immunität von Volker Schnurrbusch aufgehoben

Der Landtag hat Ende Juli die Immunität des AfD-Abgeordneten Volker Schnurrbusch teilweise aufgehoben. Dafür stimmten CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW, die AfD enthielt sich. Die Aufhebung der Immunität für den Vollzug eines Durchsuchungsbeschlusses der Kieler Staatsanwaltschaft wurde auf die Beschlagnahme elektronischer Geräte beschränkt. Bei den Ermittlungen geht es dem Vernehmen nach um einen mehrere Monate zurückliegenden Facebook-Eintrag, in dem die Antifa mit der nationalsozialistischen SA gleichgesetzt worden sei. Schnurrbusch betonte, er selbst habe den beanstandeten Beitrag nicht verbreitet und legte Mitte August Beschwerde beim Amtsgericht Kiel ein.

Wortwörtlich



„Ich finde das Relativieren der Krawalle und die Realitätsverweigerung von zahlreichen linken Aktivisten, Publizisten und auch Politikern wirklich unerträglich. Es ist schlichtweg unsinnig, unhistorisch und gefährlich, wenn behauptet wird, dass Gewalt per se nicht links motiviert sein könne.“

(Christopher Vogt, FDP)



„Der Linksextremismus hat, wenn auch nur vorübergehend, den Staat entmachtet. Der Linksextremismus hat den Krieg erklärt und in Hamburg offenen Terror ausgeübt.“

(Claus Schaffer, AfD)



„Wenn Leute glauben, sie seien links, und wenden Gewalt an, dann sind sie alles Mögliche, aber nicht links, sondern Gewalttäter.“

(Ralf Stegner, SPD)



„Rechtsfreie Räume wie die ‚Rote Flora‘ darf es nicht länger geben. Wir können nicht weiter tolerieren, dass damit Vorbereitungs- und Rückzugsräume für gewalttätige Extremisten vorhanden sind.“

(Tobias Koch, CDU)



„Warum wurden über 20.000 Polizistinnen und Polizisten nicht so eingesetzt, dass sie geschätzte 1.500 autonome Gewalttäterinnen und Gewalttäter im Schanzenviertel in Schach gehalten haben?“

(Eka von Kalben, Grüne)



„Für uns stellt sich die Frage nach der Tauglichkeit des Austragungsortes. Vorrangig sollte es um die Frage gehen, welcher Ort über die besten Voraussetzungen verfügt. Pragmatismus vor Prestige, so sollte die zukünftige Maxime zur Auswahl von deutschen Austragungsorten lauten.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Debatte am 19. Juli über die Krawalle beim Hamburger G20-Gipfel

Ostseeparlamentarier für Tourismus und gegen Hasskommentare

Der Ostseeraum soll als Urlaubsregion besser vermarktet werden. Deshalb forderte die Ostseeparlamentarier-Konferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPPC) bei ihrem 26. Jahrestreffen Anfang September in Hamburg in einer Resolution die Regierungen der Ostseeregion auf, ein gemeinsames Ostsee-Label zu entwickeln. Mit Blick auf die sinkende Wahlbeteiligung und Teilhabe an demokratischen Prozessen in etlichen Ländern setzte sich die Versammlung zudem dafür ein, über Möglichkeiten einer strafrechtlichen Verfolgung von Hasskommentaren und Falschnachrichten zu beraten. In vielen Ländern zögen Menschen sich „auf scheinbar einfache, ausschließlich auf den Nationalstaat bezogene Lösungen“ zurück, um komplexen Herausforderungen zu begegnen, erklärte die BSPPC-Vorsitzende, die Hamburger Bürgerchaftspräsidentin Carola Veit.

Seit ihrer Gründung 1991 fördert die Ostseeparlamentarierkonferenz die Zusammenarbeit nationaler und regionaler Parlamente im Ostseeraum. In ihr sind Abgeordnete aus Deutschland, Russland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten.

Die schleswig-holsteinische Delegation bestand aus Landtagsvizepräsident Rasmus Andresen, der auch die Grünen vertrat, sowie Hartmut Hamerich (CDU), Wolfgang Baasch (SPD), Stephan Holowaty (FDP), Volker Schnurrbusch (AfD) und Jette Waldinger-Thiering (SSW). 2018 werden die finnischen Åland-Inseln den BSPPC-Vorsitz übernehmen.

Personalwechsel bei der FDP

Nach der Bundestagswahl zeichnen sich personelle Veränderungen in der FDP-Fraktion ab. Der langjährige Fraktionschef Wolfgang Kubicki, der einen Sitz im Berliner Reichstag errungen hat, kündigte an, sein Landtagsmandat im Dezember niederzulegen. Für ihn wird wahrscheinlich der Polizeibeamte Jörg Hansen aus Stockelsdorf (Kreis Ostholstein) nachrücken. Als Nachfolger im Amt des Fraktionschefs schlug Kubicki den bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer Christopher Vogt vor. FDP-Sozialminister Heiner Garg will sein Landtagsmandat ebenfalls aufgeben und sich auf seinen Ministerposten konzentrieren. Für Garg wird voraussichtlich der Rechtsanwalt Jan-Marcus Rossa aus Dassendorf (Kreis Herzogtum Lauenburg) in den Landtag einziehen.



Blutspender kamen ins Landeshaus

62 Blutspender, davon 17 Erstspender, wurden Mitte September im Landeshaus zur Ader gelassen. Der Landtag und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) rufen seit 2005 jedes Jahr auf, bei einer eintägigen Aktion Blut zu spenden. Auch Ministerpräsident Daniel Günther steuerte einen halben Liter bei (s. Foto). Schirmherr war wieder Parlamentspräsident Klaus Schlie. DRK und Politik rühren die Werbetrommel für die Blutspende, denn die Zahl der Spender ist rückläufig. Deutschlandweit wurden im vergangenen Jahr 2,93 Millionen Spenden gezählt, 48.500 weniger als im Jahr zuvor. Allein in Schleswig-Holstein und Hamburg werden pro Tag etwa 550 Blutkonserven benötigt.

Seit kurzem werden homo- und bisexuelle Männer nicht mehr pauschal von der Blutspende ausgeschlossen. Die Antidiskriminierungsstelle des Landtages begrüßt grundsätzlich diese neue Richtlinie der Bundesärztekammer. „Allerdings hat man eine Diskriminierung durch eine andere ersetzt“, kritisierte die Leiterin der Diskriminierungsstelle Samiah El Samadoni Ende August. Von homo- und bisexuellen Männern werde vor der Spende eine einjährige Enthaltensamkeit gefordert, von heterosexuellen Männern jedoch nicht. Die Richtlinie berücksichtige in keiner Weise Männer, die in festen Partnerschaften lebten oder die geschützten Sexualverkehr mit anderen Männern hätten.



Landtag auf der Norla

Der Landtag war Anfang September erneut auf der Landwirtschafts- und Verbrauchermesse Norla vor Ort. Auf dem Rendsburger Messegelände standen Abgeordnete und Mitarbeiter zu Gesprächen bereit. Infobroschüren und eine digitale Präsentation lieferten Informationen über das Parlament. Ein interaktives Quiz lockte mit zahlreichen Preisen. Auf der größten Agrarmesse in Norddeutschland präsentierten sich in diesem Jahr rund 600 Aussteller aus ganz Deutschland und dem Ausland. Die Norla lockte erneut rund 70.000 Besucher an.

„Arbeit ist das halbe Leben“

Stimmt dieser Spruch? Zumindest ist die Arbeit für die meisten Menschen sehr wichtig. Entweder, weil sie einen großen Teil ihrer Zeit damit verbringen. Oder, weil sie dafür nicht das Geld bekommen, das sie für angemessen halten. Oder, weil sie zu wenig oder gar keine Arbeit haben und sich ausgegrenzt fühlen. Die Erwerbsarbeit hat im abgelaufenen Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle gespielt, und auch der Landtag hat sich in jüngster Zeit mit verschiedenen Aspekten des Themas befasst. Auf den folgenden Seiten greifen wir einige Gesichtspunkte heraus.



Einerseits ...

vermeldet der deutsche Arbeitsmarkt seit einigen Jahren einen Rekord nach dem anderen. 44,3 Millionen Menschen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, so viele wie noch nie. Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosenquote beständig. Im August lag sie in Schleswig-Holstein bei 6,1 Prozent. Vor zehn Jahren waren es noch 8,3 Prozent. Ein großer Teil der Beschäftigten in Deutschland scheint zufrieden: 45 Prozent sind seit mindestens zehn Jahren beim selben Arbeitgeber. Und: Die Gefahr, bei der Arbeit zu verunglücken, ist inzwischen gering. Pro Jahr gibt es statistisch gesehen einen tödlichen Arbeitsunfall pro 100.000 Erwerbstätige. 1995 lag der Wert noch dreimal so hoch.



Andererseits ...

gibt es auch negative Zahlen. 40 Prozent der Erwerbstätigen leiden unter einer zu hohen Arbeitsintensität. Deutschlandweit haben 2,8 Millionen Beschäftigte über 25 Jahren nur einen befristeten Vertrag – meistens für weniger als ein Jahr. Das sind neun Prozent aller Arbeitnehmer und damit ein Drittel mehr als vor 20 Jahren. Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet. Bundesweit 8,8 Millionen Beschäftigte stehen regelmäßig nachts, an Feiertagen oder an Wochenenden auf dem Posten. Schleswig-Holstein schneidet im Bundesvergleich teilweise schlecht ab, etwa beim durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn. Der liegt im Lande bei 20,62 Euro, weit unter dem westdeutschen Schnitt.

Ladenöffnung: Wird der Sonntag zum Werktag?

Das Grundgesetz schützt die Sonntagsruhe, aber der Urlauber schätzt den Sonntags-einkauf. Die Jamaika-Koalition will deswegen gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen prüfen, ob die Öffnungszeiten am siebten Wochentag ausgeweitet werden sollten. SPD und SSW pochten im Juli hingegen auf die seit 2013 gültige Bäderregelung. In der Debatte ging es um die Interessen der Tourismuswirtschaft und des Einzelhandels wie auch der Beschäftigten.

Insbesondere die FDP wolle offenbar „auf Kosten der Arbeitnehmer die bestehende Rechtssicherheit unnötig aufkündigen“, schimpfte Regina Poersch (SPD). Ihre Forderung: Die Bäderverordnung, die Ende 2018 ausläuft, soll um weitere fünf Jahre verlängert werden. Die Jamaika-Partner betonten hingegen, dass es zunächst um eine ergebnis-offene Prüfung gehe, denn die Situation in der Tourismusbranche und im Einzelhandel habe sich in den vergangenen Jahren massiv geändert. Der CDU-Abgeordnete Klaus Jensen von der Urlaubsinsel Pellworm merkte an: „Das Einkaufserlebnis als eines der Top-Urlaubsaktivitäten hat an Bedeutung gewonnen.“ Und Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) unterstrich: „Schleswig-Holstein ist ein Tourismusland“, und kein Gast stehe gerne vor verschlossenen Türen.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben erwartete komplizierte Verhandlungen. Nicht nur Urlauber, Arbeitgeber, Arbeitnehmer mit ihren Familien und die Kirchen, sondern auch das Ehrenamt und der Sport seien betroffen. „Wenn die Interessen so weit auseinander gehen, dann kann die Lösung nur in einem Kompromiss liegen“, so von Kalben.

Es geht nicht nur um Badeorte

Neben der Bäderregelung geht es auch um die vier verkaufsoffenen Sonntage pro Jahr, die jede Kommune im Land ausrufen kann – also nicht nur Ferienorte. Laut einem Gerichtsurteil können diese Shopping-Sonntage allerdings nicht willkürlich terminiert werden. Sie müssen an ein örtliches Großereignis, etwa ein Volksfest, ange-dockt werden. Diese Regelung sei ungenau, monierte Oliver Kumbartzky (FDP). Die Koalition wolle für „Vereinfachung und Rechtssicherheit“ sorgen, denn der Sonntag sei „teilweise der umsatzstärkste Tag“.

Flemming Meyer (SSW) kritisierte, dass Jamaika nur über eine Flexibilisierung reden wolle, nicht aber über eine Einschränkung der Sonntagsöffnung. Dabei sei unklar, ob längere Öffnungszeiten tatsächlich im ganzen Lande gewünscht werden. „Hat sich die Bäderverordnung in Tönning bewährt, aber in Travemünde nicht?“, fragte er. Hierüber lägen bislang keine „systematischen Zahlen“ vor.

Die AfD äußerte sich in der Debatte nicht, unterstütze aber bei der Schlussabstimmung die Position der Regierungskoalition.



Regina Poersch (SPD): „Arbeitnehmer haben ein Recht auf Freizeit und Feiertage.“ Zudem seien Arbeitsplätze in Gefahr, „wenn kleine Geschäfte den Wettbewerb gegen die Großen verlieren“.



Klaus Jensen (CDU): „Der Online-Handel entwickelt sich zunehmend zu einer echten Konkurrenz für den Einzelhandel.“ Deswegen sei es nicht sinnvoll, die jetzige Bäderverordnung einfach zu verlängern.



Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP): „Man kann einen Feiertag nicht nur dann heiligen, wenn die Geschäfte geschlossen sind.“ Weniger Sonntagsöffnung als jetzt sei für ihn „keine Option“.

Stichwort

Bäderverordnung

Die Absprache zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen sieht vor, dass die Läden in etwa 100 Urlaubsorten vom 17. Dezember bis 8. Januar sowie vom 15. März bis 31. Oktober sechs Stunden pro Sonntag öffnen dürfen, und zwar im Zeitrahmen von 11 bis 19 Uhr. Dies gilt für Supermärkte oder Souvenirläden, die Waren des täglichen Bedarfs anbieten. Baumärkte, Autohäuser oder Möbelgeschäfte sind ausgenommen. Das Abkommen läuft im Dezember 2018 aus.



Viele Lehrer leiden unter Stress im Klassenzimmer

Der Landtag will Schleswig-Holsteins gestresste Lehrer entlasten. Die Koalition will zunächst die Pädagogen im Lande befragen, Experten sollen dann im kommenden Jahr ein „Konzept zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements“ erstellen.

Grund für die Sorge: Die Belastung steigt seit Jahren. Lehrer müssen mit unterschiedlich begabten Kindern klarkommen, die Digitalisierung managen, die Inklusion behinderter Schüler stemmen und Jungen und Mädchen mit ausländischen Wurzeln integrieren. Hinzu kommen „administrative Aufgaben“, wie Konferenzen und Elterngespräche, so Bildungsministerin Karin Prien (CDU). „Jeder fünfte Lehrer denkt an eine Frühpensionierung“, verwies Anita Klahn (FDP) auf eine aktuelle Studie. „Das ist mehr als ein Alarmsignal.“ Tobias Loose (CDU) verwies auf den Lärm im Klassenzimmer und das manchmal gestörte Betriebsklima: „Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer sind nicht immer nett.“ Als Lösungsansätze nannte Ines Strehlau (Grüne) mehr Teamarbeit, Entlastung bei

Verwaltungsaufgaben oder eine bessere Ausstattung der Arbeitsplätze.

Das Vorhaben der Koalition stieß im Grundsatz auch bei den Oppositionsfractionen auf Zustimmung. Umstritten war lediglich, wann das Gesundheitskonzept vorliegen soll. SPD und SSW schlugen vor, das stressige Ende des Schuljahres abzuwarten. Entsprechend würde es bis 2019 dauern, um die Bestandsaufnahme zu erstellen. Kai Vogel (SPD) warf dem Jamaika-Bündnis einen „unnötigen Schnellschuss“ vor. Die „Belastungsveränderungen im Laufe des Schuljahres“, etwa die Zeugniskonferenzen und Abschlussprüfungen im Frühjahr, blende die Koalition aus. Das Ergebnis der Lehrerbefragung sei bereits absehbar, meinte Jette Waldinger-Thiering (SSW). Die Pädagogen würden voraussichtlich mehr Personal an den Schulen fordern. „Wir hoffen sehr, dass die Landesregierung dann die richtigen Schlüsse zieht“, so Waldinger-Thiering.

Frank Brodehl (AfD) hielt es ebenfalls für „realistischer“, mehr Zeit für das Konzept einzuplanen. Als Mittel gegen Lehrer-Stress forderte er „einen Verzicht auf permanente Schulreformen und ständig neue Erlasse“.

Stichwort

Lehrer und Gesundheit

Mehrere aktuelle Studien beschreiben die Arbeitsbelastung der Lehrer.

- Laut dem Verband Bildung und Erziehung betrachtet knapp die Hälfte der Lehrer die gestiegene Zahl an internen Konferenzen und Besprechungen als Stressursache.
- Das Deutsche Ärzteblatt weist darauf hin, dass psychische und psychosomatische Erkrankungen bei Lehrkräften sehr viel häufiger vorkommen als bei anderen Berufsgruppen. Zu den Symptomen gehören Erschöpfung, Müdigkeit und Kopfschmerzen.
- Der Philologenverband streicht heraus, dass die Arbeitszeit von Lehrern – Unterricht, Vorbereitung, Korrekturen, Konferenzen und Gespräche – erheblich über dem Durchschnitt der Landesbeamten liege: um 215 Stunden pro Jahr.
- Die Technische Universität München hat herausgefunden, dass 40 Prozent der Grundschullehrer dauerhaft erschöpft sind. 25 Prozent leiden häufig unter Nacken- oder Rückenschmerzen, 17 Prozent haben Schlafstörungen.

Umfrage

„Meine berufliche Erfahrung ist das Fundament meiner parlamentarischen Arbeit“

Politiker zu sein, das ist kein Lehrberuf. Abgeordnete bringen Erfahrungen aus ihrem Arbeitsleben mit ins Parlament. Wir haben bei Parlamentariern aus allen Fraktionen nachgefragt, wie diese Erfahrungen im Landtag helfen, und folgende Antworten bekommen.

Jette Waldinger-Thiering, SSW, Lehrerin:

„Als Lehrerin hatte ich in meinem Berufsalltag mit ganz unterschiedlichen Menschen zu tun: vom Erstklässler bis zum jungen Erwachsenen, vielfältigen Kolleginnen und Kollegen und Eltern – und damit im Grunde mit allen Altersgruppen und Menschen unterschiedlichster Herkunft. Das war eine ganz wunderbare Zeit, an die ich oft und gerne zurückdenke. Und gerade die intensive Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern vermisse ich bis heute. Denn junge Menschen sind häufig besonders offen und freuen sich auf neue Begegnungen.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich für meine Tätigkeit als Abgeordnete für die Bereiche Bildung, Gleichstellung und Europa entschieden. Gleiche Startchancen, der barrierefreie Zugang zu Bildung und echte Teilhabemöglichkeiten sind die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Diese Dinge liegen mir besonders am Herzen und gerade hier bringe ich mein Wissen und meine Erfahrung besonders gerne ein.

Als Mitglied der dänischen Minderheit bin ich es gewohnt, Brücken zu bauen um Barrieren zu überwinden. Gerade heute ist



es wichtiger denn je, dass wir über Grenzen hinweg denken und über Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Für unser aller Zukunft ist nicht zuletzt die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Ostseeraum unerlässlich. Hierfür und für ein solidarisches und friedliches Europa werde ich mich auch weiterhin einsetzen.“

Anita Klahn, FDP, Industriemeisterin Druck:

„Nach meinem Realschulabschluss habe ich mich ganz bewusst für eine duale Berufsausbildung in der Druckindustrie entschieden, die mir stabil und zukunftsicher erschien, aber auch Perspektiven zu weiteren Qualifikationen ermöglichte.

Wurden damals Zeitungen, Kataloge und so weiter noch mit viel händischer Arbeit in mittelständischen Unternehmen vor Ort erstellt, so sind heute viele Arbeitsschritte durch Technik ersetzt, werden die Druckerzeugnisse in wenigen Großdruckereien produziert. Aktuell erleben wir, dass die gedruckte Zeitung zunehmend von der digitalen Lesefassung abgelöst wird. Diesen Wandel erleben wir auch in anderen Berufsfeldern. Fachkräfte werden europa- und auch weltweit in Konkurrenz um gute Arbeitsplätze stehen. Unsere Kinder müssen mit einer guten schulischen Bildung darauf vorbereitet werden.

Gleichzeitig veränderte sich das Familienbild. Ich wollte in meinem Beruf arbeiten und gleichzeitig Familie haben. Nicht nur, dass in der männerdominierten Druckindustrie kaum Teilzeitarbeitsplätze angeboten wurden, es fehlten auch Kita-Plätze. Als wir diese dann bekamen, waren die Elternbeiträge unsäglich hoch. Aus der Gesamtschau resultiert mein politisches Engagement: beste Bildung für unsere Kinder, damit diese ein selbstbestimmtes Leben führen können! Familien- und Wirtschaftspolitik gehören einfach zusammen – es gibt noch viel zu tun!“



Hauke Göttsch, CDU, Agraringenieur:

„Nach meinem Studium der Agrarwissenschaften habe ich im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft gearbeitet, wo ich bis heute tätig bin. Parallel übernahm ich ab 1998 kommunalpolitische Mandate und Ämter in meiner Heimatgemeinde Ehndorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) und bin seit 2013 Bürgermeister der Gemeinde.“



Zwar macht mir die Kommunalpolitik bis zum heutigen Tage sehr viel Spaß, dennoch entwickelte sich im Laufe der Zeit auch durch die Arbeit in meinem Beruf der Wunsch, landespolitisch tätig zu werden. Auf Landesebene sind die Gestaltungsspielräume für eine Verbesserung der hiesigen Landwirtschaftspolitik, der ich mich sehr verbunden fühle, deutlich größer als auf kommunaler Ebene. Seit 2009 gehöre ich dem Landtag als Mitglied des Umwelt- und Agrarausschusses an, dem ich zwischen 2012 und 2017 vorstand. Für mich war von Anbeginn meiner landespolitischen Tätigkeit klar, dass ich meine im Studium und im Berufsleben angeeigneten Kenntnisse und Fähigkeiten in jenem Ausschuss am effektivsten anwenden kann. Ich kenne die aktuellen Herausforderungen der Landwirtschaft durch meinen Beruf, dem ich nach wie vor nachgehe, sehr genau und kann daher die Landwirte in meinem Ausschuss wirkungsvoll unterstützen.“

Sandra Redmann, SPD, Buchhändlerin:

„Meine Erfahrung als Buchhändlerin hilft mir sehr oft bei meiner Tätigkeit als Parlamentarierin, denn in beiden Bereichen gehe ich mit Menschen um. Als Buchhändlerin habe ich gelernt, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen zuzuhören, sie zu beraten und ihnen Lösungen aufzuzeigen, zum Beispiel wenn sie ein Buch als Geschenk suchten, aber nicht genau wussten, welche Art von Buch, welcher Autor, welches Thema dem Beschenkten Freude machen würden. Dazu gehört natürlich auch, dass ich mich mit Büchern gut auskennen und wissen muss, wovon ich rede.“

In der Politik geht es auch darum, mit Menschen darüber zu sprechen, was sie bewegt und was ich Ihnen als Lösung anbieten kann, natürlich auf der Grundlage meiner Grundwerte und Überzeugungen. Ich habe schon immer SPD gewählt. Eine meiner Kundinnen war im Ortsverein Bad Schwartau und fragte mich, ob ich nicht mal in eine Sitzung kommen möchte. Dies war der Einstieg in die Kommunalpolitik.“



Marret Bohn, Grüne, Ärztin:

„Da ich im Landtag die einzige Ärztin bin, werde ich oft gefragt, auf welchem Weg ich in die Politik gekommen bin und warum ich mich für Gesundheits- und Sozialpolitik engagiere. Meine berufliche Erfahrung ist das Fundament meiner parlamentarischen Arbeit. Ich bin von Hause aus Internistin und habe im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster mit großer Begeisterung auf der Intensivstation gearbeitet. Da liegt es für mich auf der Hand, dass ich in meiner Fraktion für Gesundheitspolitik engagiere. Mein Lieblingsbeispiel: Der Abbau des Sanierungsstaus der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein. Mit vielen Beispielen aus meiner täglichen Arbeit im Krankenhaus konnte ich meine Fraktion überzeugen, dies zum Schwerpunkt unseres Sanierungsprogramms zu machen. Am Ende war der Beschluss sogar einstimmig – darüber habe ich mich riesig gefreut. Ob es um die Arbeitsbelastung im UKSH, um die Situation der Pflege oder in der Geburtshilfe geht, ich habe immer die Patienten im Blick und ein offenes Ohr für die Beschäftigten. Für meine parlamentarische Arbeit sind auch meine guten Kontakte als ehemalige Betriebsrätin sehr hilfreich.“

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es ins Jahr 1956, als die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter in einem viermonatigen Streik für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kämpften.



Alle Räder stehen still:
Streikposten vor dem Werkstor
der Kieler Howaldt-Werft

1956: Metallarbeiter an der Küste im Rekord-Streik

Ein Relikt aus dem Jahr 1897 sorgte knapp 60 Jahre später für einen der längsten Streiks in der deutschen Geschichte. Ende des 19. Jahrhunderts beschloss der Reichstag ein Gesetz, das Angestellten im Krankheitsfall die volle Lohnfortzahlung für sechs Wochen garantierte. Arbeiter blieben jedoch von dieser sozialpolitischen Errungenschaft ausgeschlossen, und sie blieben es nicht nur im Kaiserreich, sondern auch während der Weimarer Republik, der Nazi-Zeit und der ersten Jahre der Bundesrepublik.

Kein Geld an den ersten drei Tagen

Das hatte gravierende Auswirkungen. Wurde ein Arbeiter krank, musste er zunächst drei „Karenztage“ überstehen, in denen er gar keinen Lohn bekam. Anschließend gab es ein „Haus- und Krankengeld“, das nur etwa die Hälfte des Arbeitslohns betrug. Männer waren in den 1950er-Jahren in der Regel Alleinverdiener, und ein Fabrikarbeiter brachte im Schnitt 350 D-Mark nach Hause. Fiel er über längere Zeit aus, nagte die gesamte Familie am Hungertuch. Und die Zeiten waren hart in den Fabriken und auf den Werften. Im strengen Winter 1955/56 zog eine Erkältungswelle durchs Land. Während des Jahres 1955 hatte fast jeder vierte Werftarbeiter an Nord- und Ostsee einen Unfall. Vor diesem Hintergrund

hatte die Industriegewerkschaft Metall die Lohnfortzahlung im September 1956 zum „Dreh- und Angelpunkt gewerkschaftlicher Politik der nächsten Zeit“ erklärt.

Die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein waren die ersten, die diese Forderung durchsetzen wollten. Nachdem Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert waren, traten am Mittwoch, den 24. Oktober 1956, zu Beginn der Frühschicht 32.000 Beschäftigte aus 25 Betrieben in Kiel, Lübeck, Flensburg, Elmshorn und Lauenburg in den Ausstand. Schwerpunkt war der Schiffbau, allein in Kiel beteiligten sich 11.000 Arbeiter der Howaldt-Werft.

„Gefährdung der Wirtschaftskraft“

Der Landtag beriet am 14. November über die angespannte Lage. Der Streik wirkte sich inzwischen auf das gesamte Wirtschaftsleben im Norden aus, und eine Lösung war auch nach drei Wochen nicht absehbar. Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU), der mehrere erfolglose Vermittlungsversuche unternommen hatte, warnte vor den „gefährlichen Folgen für unsere mit großen Opfern

der gesamten Bevölkerung aufgebaute junge schleswig-holsteinische Wirtschaft und die mit erheblichen Mühen erreichte Verbesserung des sozialen Lebensstandards“. Der Streik führe zu Produktionsausfällen, und die Werften hätten „fast keine Neuaufträge“ mehr. Auch in Zulieferbetrieben drohten Entlassungen und Kurzarbeit. Ein Nebeneffekt, so der Regierungschef: „Allein im Raum Kiel ist der Verbrauch an elektrischer Energie seit Beginn der Streiks um 25 bis 40 Prozent zurückgegangen“. Hans Kersig (FDP) erinnerte an die bevorstehenden Feiertage und die drohenden Einbußen im Einzelhandel: „Denken wir doch einmal an die Auswirkungen, die dieser Streik jetzt zum Weihnachtsfest hat, wenn die Hausfrauen von ihren Männern oder von ihren Söhnen Geld erbitten, um Geschenke zu kaufen, mit denen sie den Angehörigen Freude machen wollen. Das wird in diesem Jahr schwerlich möglich sein.“

„Verständnis für die Arbeiter“

Der damals 28 Jahre alte CDU-Abgeordnete Gerhard Stoltenberg, später langjähriger Ministerpräsident, hielt den Streik ausgerechnet im Armenhaus Schleswig-Holstein für fehl am Platze: „Warum verlangt man bei uns mit der schweren Waffe des Streiks, was in den blühenden Industrien Nordrhein-Westfalens, was im reichen Hamburg nicht vereinbart wurde?“ Zudem, so Stoltenberg, habe es doch bereits einen großen Schritt nach vorne für die Industriearbeiter gegeben: das „Bremer Abkommen“ zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften aus dem September 1956, das die Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden reduzierte – bei einem gleichzeitigen Lohn-Plus von acht Prozent.



Unterschiedliche Meinungen zum Streik: der Landtag 1956

Walter Damm von der oppositionellen SPD warf Konservativen und Liberalen entgegen vor, kein Verständnis für die Lebenswirklichkeit „an der Drehbank oder vor dem Hochofen“ zu haben: „Man muss einmal an der Stelle des Arbeiters gestanden haben und muss spüren, wie eine Krankheit auf einen zukommt und man nicht in der Lage ist, rechtzeitig zum Arzt zu gehen, weil die Kinder dann nicht mehr versorgt wären und weil die Miete nicht mehr bezahlt werden könnte.“ Damm setzte, wie der gesamte Landtag, auf eine baldige Schlichtung: „Ich glaube, dass es, sobald die Partner an einem Tisch sitzen, keine 24 Stunden dauern wird, bis der Streik zu Ende ist.“

Feindschaft und Weihnachtspakete

Da irrt er sich. Die Fronten blieben verhärtet, teilweise herrschte offene Feindschaft. Der Streik weitete sich aus, am Ende waren 35.000 Menschen in 38 Betrieben beteiligt. Die Wirtschaftsverbände schalteten Zeitungsanzeigen, in denen sie an Arbeitswillige appellierten: „Zeigt Zivilcourage! Lasst Euch durch den Terror der Gewerkschaft nicht einschüchtern!“ Die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ befürchtete eine „verstärkte Tendenz zum Krankfeiern und zur illegalen Arbeitszeitverkürzung“, sollte die Lohnfortzahlung kommen.

Andererseits wurden arbeitsbereite Kollegen als „Streikbrecher“ unter Druck gesetzt. Die Flensburger Streikleitung versandte Briefe, in denen es hieß: „Judas verkaufte seinen Herrn für 30 Silberlinge. Wofür verkaufst Du Deine Kollegen?“ CDU-Mann Stoltenberg beklagte in der Landtagsdebatte die „Schmähungen von Arbeitswilligen“, die teils auch in körperliche Angriffe ausarteten.

„Man soll nicht dramatisieren, was an einzelnen Stellen einmal passiert“, entgegnete der Sozialdemokrat Damm.

Auf den verwaisten Werften, wo nur noch Angestellte und Lehrlinge zum Dienst antraten, herrschte weitgehender Stillstand. Die Lübecker Flender-Werft sagte den Stapellauf eines Neubaus ab. Die Taufpatin, die Frau eines indischen Ministers, reiste ab, ohne die Sektflasche geschleudert zu haben. Die Werkträgern mussten mit etwa 70 D-Mark Streikgeld pro Woche auskommen. Um sie und ihre Angehörigen bei Laune zu halten, organisierte die IG Metall Kinovorstellungen, Revue-Abende und „Hausfrauennachmittage“. Ganz so freudlos wie befürchtet wurden die Feiertage dann doch nicht: Zu Weihnachten trafen Päckchen und Geldspenden von solidarischen Mitbürgern aus ganz Deutschland im Norden ein.

Am Ende stand ein Teilerfolg

Unterdessen liefen Schlichtungsverhandlungen. Ein erster Vorschlag stand am Silvestertag 1956 zur Abstimmung – und fiel mit einem Nein-Votum von 97 Prozent bei den Arbeitern glatt durch. Auch ein zweites und ein drittes Kompromisspapier fanden keine Mehrheit. Erst Urabstimmung Nummer vier am 14. Februar 1957 führte zum Ende des Streiks – nach 114 Tagen.

Die Metallarbeiter hatten einen Teilerfolg erzielt. War ein Beschäftigter mehr als eine Woche krank, so wurden ihm 1,5 „Karentage“ erstattet. Bei zwei Wochen Krankenschreibung wurden alle drei „Karentage“ bezahlt. Und: Das Krankengeld stieg auf 90 Prozent des Nettolohns.

Allerdings: Diese Einigung wurde nur per Tarifvertrag festgeschrieben. Die für die Arbeiter so folgenschwere gesetzliche Ungleichbehandlung aus dem Jahr 1897 galt zunächst weiter. Aber auch hier sei eine Lösung in Sicht, waren die Landtagsabgeordneten im November 1956 überzeugt. Schließlich berate der Bundestag bereits über dieses Thema, müsse jedoch zuerst eine andere sozialpolitische Weichenstellung bewältigen: die umlagefinanzierte Rente. „Und man sollte den Bundestagsabgeordneten bei dem Umfang dieser Arbeit nicht mehr zumuten“, betonte der FDP-Parlamentarier Kersig.

Doch auch nach der wegweisenden Rentenreform dauerte es noch Jahre, bis die vollständige Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Bürgerlichen Gesetzbuch stand. Sie trat erst zum 1. Januar 1970 in Kraft.

Karsten Blaas



Gesucht I:

Mehr Personal in der Pflege

Stichwort „Pflegetotstand“: In jüngster Zeit machten Meldungen die Runde, wonach an einigen Krankenhäusern im Lande Operationen abgesagt und ganze Stationen geschlossen werden mussten – wegen Personalmangel. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag im September einmütig vom Bund strengere Standards gefordert.

Birte Pauls (SPD) regte eine gesetzliche Regelung dazu an, wie viele Patienten eine Pflegekraft höchstens betreuen darf. Erst wenn genügend Personal auf der Station sei und der Dienstplan verlässlich sei, „dann bleiben die Pflegekräfte auch wieder in diesem eigentlich wunderbaren Beruf.“

Der Bund habe bereits reagiert, betonte Katja Rathje-Hoffmann (CDU). Sie verwies auf das Pflegestellen-Förderprogramm in Höhe von 660 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2018 und den Pflegezuschlag von jährlich 500 Millionen Euro für mehr Personal. Zudem seien strikte Personaluntergrenzen erforderlich, „weil einige Kliniken in der Vergangenheit sehr gespart haben“, so Rathje-Hoffmann. Allerdings, mahnte Dennys Bornhöft (FDP), könne man nicht „mit einem Federstrich eine Vielzahl neuer ausgebildeter Pflegekräfte“ anwerben. Er forderte die Kliniken auf, Tariflöhne zu zahlen, um den Job attraktiver zu gestalten.

Frank Brodehl (AfD) monierte ebenfalls die schlechte Bezahlung in der Branche: „Eine Krankenschwester beziehungsweise -pflegerstunde kann nur deshalb so viel weniger kosten als eine Monteurstunde, weil unter teils menschenunwürdigem Zeitdruck gearbeitet wird.“ Und Flemming Meyer (SSW) forderte mehr Landesgeld für die Krankenhäuser. Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) kritisierte die bundesweit unterschiedlichen Fallpauschalen für die Kliniken, die im Norden besonders niedrig ausfielen. Er kündigte für 2018 eine Million Euro zusätzlich für Schulplätze in der Altenpflege an.

Marret Bohn (Grüne) wies darauf hin, dass es in wenigen Jahren bereits 125.000 Pflegebedürftige im Lande geben werde. Derzeit sind es 89.000. Die Folge: Fachkräftemangel. Im Jahr 2035 könnte es deutschlandweit insgesamt 270.000 Pflegekräfte zu wenig geben, so Bohn.

Gesucht II:

Rezepte für die sichere Rente

Am Ende jahrzehntelanger Arbeit steht für viele Menschen eine spärliche Rente. Wie kann die Politik gegensteuern? Im Landtag lagen im September verschiedene Konzepte gegen Altersarmut auf dem Tisch: etwa die Garantie-Rente, die private Vorsorge oder die Finanzierung des Rentensystems über Steuern.

Die SPD fordert, ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent des letzten Nettoeinkommens festzuzurren und gleichzeitig den Beitragsatz von heute 18,7 Prozent bei 22 Prozent zu deckeln. Fraktionschef Ralf Stegner warb für eine „Solidarrente“, die „sich deutlich von der Grundsicherung abhebt“. Und: Das Rentenalter soll nicht über 67 Jahre hinaus erhöht werden. „Wir müssen jetzt handeln, damit das Rentenniveau 2030 nicht bei 43 Prozent liegt“, so Stegner. Eine „Mindestrente“ wäre auch für Flemming Meyer (SSW) ein richtiger Schritt. Der „große Wurf“ sei allerdings ein Systemwechsel zu einer steuerfinanzierten Rente nach dänischem Vorbild.

CDU, Grüne und FDP betonten, dass „jeder Schritt zur Vollbeschäftigung auch ein Schritt zur besseren Finanzierung der Renten ist“. Eine Anhebung des Rentenalters „streben wir nicht an“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag. „Daneben werden aber auch private Vorsorge und betriebliche Alterssicherungselemente von Bedeutung sein“, unterstrich Werner Kalinka (CDU). Das sah auch Dennys Bornhöft (FDP) so: „Wer sich hinstellt und sagt, die gesetzliche Rentenversicherung allein wird für ein gesichertes Einkommen im Alter sorgen, versündigt sich an der jungen Generation.“ Wichtig sei es zudem, Menschen mit niedriger Rente „in Zukunft nicht mehr zum Sozialamt zu schicken“, sagte Sozialminister Heiner Garg (FDP).

Ein Grund für geringe Rentenansprüche, so Frank Brodehl (AfD): „Die prekären Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnssektor steigen und steigen.“ Um gegenzusteuern forderte er eine „gesetzlich festgeschriebene Obergrenze an Zeitarbeitsverträgen in allen Betrieben“. Die Grünen-Abgeordnete Marret Bohn wies darauf hin, dass Altersarmut insbesondere Frauen treffe. In Schleswig-Holstein hätten Männer eine Durchschnittsrente von 1098 Euro, Frauen jedoch nur von 603 Euro. Niedrigrenten seien „Sprengstoff für unsere Gesellschaft“.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Ausbaubeiträge: Seit 2012 müssen Kommunen Haus- und Wohnungsbesitzer zur Kasse bitten, wenn die Straßen vor ihrer Tür ausgebaut werden.

Das soll sich mit einem Gesetzentwurf der Jamaika-Koalition ändern. CDU, Grüne und FDP wollen es den Städten und Gemeinden künftig wieder selbst überlassen, ob sie von Anwohnern Beiträge für den Straßenausbau erheben oder nicht. Die Beträge seien eines „der meist beklagten Themen in den Kommunen“, sagte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) in der September-Sitzung. Für manche Bürger seien die Beiträge ein existenzielles Problem. Mit dem Gesetzentwurf von CDU, Grünen und FDP werde nichts verboten. Aber: „Es sollte anhand der örtlichen, individuellen Verhältnisse entschieden werden.“ Es gebe mehrere Alternativen, beispielsweise eine Erhöhung der Grundsteuer oder Ratenzahlung.

Der FDP-Abgeordnete Stephan Holowaty sprach von „einem der größten Ärgernisse“. Die Beiträge seien eine „ständige Quelle für Unfrieden“. Nach Ansicht der CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen ist die Entscheidung vor Ort am besten zu treffen: „Das Zauberwort heißt kommunale Selbstverwaltung.“

Kritik kam von der SPD. „Mit einer Abschaffung hat dieser Gesetzentwurf gar nichts zu tun“, sagte die Innenpolitikerin Beate Raudies. Tatsächlich verschiebe die Koalition die Verantwortung nur in die kommunalen Verwaltungen. Schwer taten sich die Grünen, die das derzeitige Gesetz 2012 mitbeschlossen hatten. „Das war kein leichter Gang für uns“, sagte die Abgeordnete Ines Strehlau: „Unsere Sorge war und ist weiterhin: Es darf nicht zu einem Wettbewerb unter den Kommunen kommen.“

Auch der oppositionelle SSW hält den Gesetzentwurf grundsätzlich für richtig. Die AfD legte einen eigenen Gesetzentwurf vor, der den Ermessensspielraum der Gemeinden betont. Der Abgeordnete

Volker Schnurrbusch bemängelte, dass Anlieger oft noch nach Jahren zur Kasse gebeten würden. Viele Kommunen hätten gar keine Satzungen, und wenn, dann würden sie oft nicht oder intransparent umgesetzt. Der Innen- und Rechtsausschuss berät die Gesetzentwürfe weiter.

Sperrklausel bei Kommunalwahlen:

Auch bei der Kommunalwahl am 6. Mai 2018 wird es voraussichtlich keine Sperrklausel für kleine Parteien geben. Zwar will die SPD eine Hürde von 2,5 Prozent errichten und so eine „Zersplitterung“ der Stadträte und Kreistage verhindern. Eine Mehrheit ist aber nicht in Sicht. Das liegt am Gegenwind von Grünen, FDP, AfD und SSW – und an der Koalitionstreue der CDU.

Die Union hatte im Wahlkampf sogar eine Vier-Prozent-Hürde gefordert, gab sich in der Juli-Sitzung aber ablehnend, mit Rücksicht auf die Jamaika-Partner Grüne und FDP. Sie habe „durchaus Sympathie“ für den SPD-Plan, so die Abgeordnete Petra Nicolaisen. Aber: „Wir halten uns an den Koalitionsvertrag.“

Thomas Rother (SPD) warb dennoch bei der Union um Zustimmung und lud für die Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss zu einer „große Koalition der Vernunft“ ein. Es müsse darum gehen, die „teilweise Arbeitsunfähigkeit“ der Gremien zu beheben, wo stabile Mehrheiten immer schwerer zu vereinbaren seien und eine längerfristige, verlässliche Haushaltswirtschaft kaum noch möglich sei. Da die SPD nicht nur das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz, sondern auch die Landesverfassung ändern will, wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag erforderlich.

Burkhard Peters (Grüne) sperrte sich gegen eine Mindestklausel und verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2008, das er als Jurist selbst erfochten hatte. Kernpunkt: Kreistage wählen keine Regierung und beschließen keine

Gesetze, anders als Bundestag und Landtag. Deswegen dürfe es dort auch keinen „derartig tiefgreifenden Eingriff in das Wahlrecht“ wie eine Eintrittshürde für Parteien geben.

Kay Richert (FDP) warf der SPD eine „Arroganz der Größe“ vor und verteidigte die Vielfalt der kommunalen Volksvertretungen: „Demokratie darf anstrengend sein.“ Jörg Nobis (AfD) argwöhnte, die SPD strebe offenbar eine „bewusste Beschneidung der Minderheitenrechte“ in den Kommunalvertretungen an. Und Lars Harms (SSW) warnte davor, „die parlamentarische Demokratie auf kommunaler Ebene aufzuweichen“ und appellierte an die Sozialdemokraten: „Mehr Demokratie wagen!“

Eine 2,5-Prozent-Hürde würde sich voraussichtlich nur in größeren Orten und den vier kreisfreien Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sowie in den elf Landkreisen auswirken.

Gemeinderäte: Einstimmig hat der Landtag im Juli die Zahl der Gemeindevertreter in Boostedt (Kreis Segeberg) und Seeth (Kreis Nordfriesland) korrigiert. Dort war die Einwohnerzahl zwischenzeitlich stark gestiegen, wegen der Unterbringung von Flüchtlingen. Beide Orte hatten deswegen zum Stichtag 31. Dezember 2015 einen Grenzwert überschritten und müssten ihre Gemeindevertretungen um zwei beziehungsweise vier Sitze aufstocken. Die Zahl der Asylbewerber ist inzwischen allerdings wieder gesunken. Die Orte liegen nun wieder unter dem Grenzwert. Entsprechend wurde auf Initiative von CDU, Grünen und FDP das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz für die beiden Sonderfälle geändert. Für Boostedt und Seeth gilt nun der Stichtag 30. September 2015 – vor dem Zuzug der Flüchtlinge. Damit entspricht die Größe des neuen Gemeinderats der tatsächlichen Einwohnerzahl.

Doris von Sayn-Wittgenstein, AfD-Landtagsabgeordnete, ist neue Landesvorsitzende ihrer Partei. Sie setzte sich Mitte Juli auf einem Parteitag in Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) gegen den bisherigen Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden im Landtag, **Jörg Nobis**, durch. Sayn-Wittgenstein bekam nach Angaben eines Parteisprechers im sogenannten Akzeptanzwahlverfahren 68 Prozent der Stimmen. Nobis erhielt demnach 50 Prozent. Bei diesem Wahlverfahren können Wähler für mehrere Kandidaten votieren.

Flemming Meyer steht für weitere zwei Jahre an der Spitze des SSW. Beim Landesparteitag Mitte September in Husum wurde Meyer ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung im Amt bestätigt. Der Landtagsabgeordnete aus Handewitt ist seit 2005 Vorsitzender der Partei der dänischen Minderheit.

Anette Langner, SPD-Landtagsabgeordnete von 2005 bis 2012 und anschließend Staatssekretärin im Sozialministerium, gehört ab Anfang Oktober dem Vorstand des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Schleswig-Holstein an. Das gab der DRK-Landesverband Ende Juli bekannt. Langner ist zuständig für die Bereiche Soziales, Personal und Bildung. Sie übernimmt den Posten des ehemaligen Landtagspräsidenten **Torsten Geerds**, der nach der Wahl im Mai als Staatssekretär ins Innenministerium gewechselt ist.

Kristin Alheit, von 2012 bis Juni 2017 Sozialministerin, wird neue Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg. Sie übernehme das Amt des geschäftsführenden Vorstands am 1. Oktober von Joachim Speicher, der den Verband aus familiären Gründen verlasse, teilte die Organisation Mitte September mit. Vor ihrem Ministeramt war die Sozialdemokratin unter anderem Bürgermeisterin von Pinneberg.



Jutta Schümann, ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete, ist neue Vorsitzende des NDR-Landesrundfunkrates Schleswig-Holstein. Das teilte der NDR Anfang Juli mit. Die Neumünsteranerin, von 2000 bis 2009 im Parlament, wurde für eine fünfjährige Amtsperiode gewählt. Der Landesrundfunkrat überwacht die Einhaltung der Programmanforderungen für die Landesprogramme in Radio und TV und berät den Landesfunkhausdirektor.



Klaus Buß, ehemaliger Innenminister und SPD-Landtagsabgeordneter, ist Sonderbeauftragter der Landesregierung im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Rockerkriminalität. Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) berief ihn Ende Juli auf diesen Posten. Hintergrund ist eine Affäre um mögliche Aktenmanipulation und unterdrückte Beweismittel bei Ermittlungen gegen Rocker im Jahr 2010. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft Lübeck wegen des Verdachts der Überwachung von Journalisten der „Kieler Nachrichten“ durch die Landespolizei. Buß saß von 2001 bis 2005 im Landtag, von 2000 bis 2005 war er Innenminister.

Britta Ernst, von 2014 bis Juni 2017 Bildungsministerin, ist seit Ende September in der Landesregierung von Brandenburg für Bildung, Jugend und Sport zuständig. Die SPD-Politikerin ist Nachfolgerin von Günter Baaske, der sein Ministeramt aus privaten Gründen niedergelegt hat.

Karenzeiten: Einstimmig hat der Landtag im Juli der Einrichtung des „Gremiums nach Paragraf 8a des Landesministergesetzes“ zugestimmt. Dessen Aufgabe ist es, gegenüber der Landesregierung eine Empfehlung auszusprechen, ob und wie lange ein Minister eine Karenzeit einhalten muss, wenn er aus dem Amt scheidet und einen Posten in der Wirtschaft annehmen will. Das Gremium tagt nicht öffentlich, besteht aus einem Mitglied pro Fraktion und ist zur Verschwiegenheit verpflichtet. Als Mitglieder bestimmte das Parlament Tobias Koch (CDU), Ralf Stegner (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP), Jörg Nobis (AfD) und Lars Harms (SSW).

Runde Geburtstage

Egon Schübeler aus Rügge bei Kappeln, von 1967 bis 1987 für die CDU im Landtag, Landtagsvizepräsident von 1975 bis 1987, hat am 4. September seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Friedrich-Carl Wodarz aus Bad Oldesloe, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 1. September seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Frauke Walhorn aus Oelixdorf bei Itzehoe, von 1987 bis 2000 für die SPD im Landtag, hat am 6. September ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Volker Lemke aus Lübeck, von 1983 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 27. September seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Anke Spoorendonk aus Busdorf bei Schleswig, von 1996 bis 2012 für den SSW im Landtag, von 2012 bis 2017 Justizministerin, hat am 21. September ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Ulrich Schley aus Kölln-Reisiek bei Elmshorn, von 1988 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 28. September seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Medienrat: Der Landtag hat im Juli die schleswig-holsteinischen Mitglieder im Medienrat der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) gewählt. Es sind der ehemalige Landtagspräsident Martin Kayenburg (CDU) aus Itzehoe, Lothar Hay (ehemaliger SPD-Fraktionschef und Innenminister) aus Hattstedt sowie Heike Thode-Scheel (Quarnbek), Claudia Jacob (Berlin), Jürgen Koppelin (Bad Bramstedt) und Susanne Günther (Kiel). Die Wahl erfolgte mit breiter Mehrheit, lediglich die AfD stimmte dagegen. Die MA HSH erteilt Zulassungen für private Hörfunk- und Fernsehprogramme und überprüft die Einhaltung der medienrechtlichen Bestimmungen in den von ihr lizenzierten Programmen und in Telemedien, vor allem im Internet. Ihr besonderes Augenmerk gilt dem Jugendmedienschutz.

Richterwahlausschuss: Wie zu Beginn jeder Wahlperiode hat der Landtag den Richterwahlausschuss neu besetzt. Der Ausschuss entscheidet gemeinsam mit dem Justizministerium über die Besetzung von Richterposten in Schleswig-Holstein. Als gewählte Mitglieder des Landtages gehören dem Gremium Claus Christian Claussen, Lukas Kilian, Tobias Koch (alle CDU), Özlem Ünsal, Stefan Weber (beide SPD), Burkhard Peters (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP) und Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD) an. Wenn über eine Anstellung, Beförderung oder Versetzung in der Arbeits- oder der Sozialgerichtsbarkeit zu entscheiden ist, gehören auch Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Kerstin Metzner und Birte Pauls (beide SPD) sowie Ines Strehlau (Grüne) zum Wahlausschuss.

Kulturstiftung: Der Landtag hat Anita Klahn (FDP) und Martin Habersaat (SPD) zu Mitgliedern des Stiftungsrates der Kulturstiftung Schleswig-Holstein bestimmt. Das Plenum folgte einem Wahlvorschlag von CDU, SPD, Grünen und FDP. Die Kulturstiftung engagiert sich seit ihrer Gründung 1984 für Kunst und Kultur im Lande.



Morten Pawletta (li.) hat Am 1. September seine dreijährige Ausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek, in der Landtagsverwaltung angetreten. Der 20-jährige Kieler ist bereits der fünfte Azubi in diesem Bereich, seit der Landtag im Jahr 2006 seine Ausbildungsinitiative gestartet hat. Landtagsdirektor **Utz Schliesky** überreichte den Ausbildungsvertrag.

Schliesky hat Anfang September für drei Jahre die ehrenamtliche Leitung des Fördervereins Schleswig-Holsteinisches Freilichtmuseum in Molfsee bei Kiel übernommen. Der Posten war vakant, nachdem der vorherige Amtsinhaber Roland Reime im März verstorben war.

Nordischer Rat: Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Kay Richert (FDP) werden den Landtag als beobachtende Mitglieder beim Nordischen Rat vertreten. Der Nordische Rat ist ein Forum der nordischen Parlamente, dem Dänemark, Island, Schweden, Norwegen und Finnland angehören. Einen Beobachterstatus haben Estland, Lettland und Litauen. Das Präsidium des Rates hatte im September 2016 beschlossen, Schleswig-Holstein aufgrund seiner engen Kontakte in den Norden einzubinden.

G13-Kommission: Das bereits im Juni gewählte Parlamentarische Kontrollgremium für den Verfassungsschutz ist nun auch für alle Eingriffe der Behörden zuständig, die Artikel 13 des Grundgesetzes betreffen. Dieser Artikel garantiert die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Regierung muss die Abgeordneten umfassend über die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde unterrichten. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Das Gremium tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Ihm gehören

Tobias Koch (CDU), Ralf Stegner (SPD), Burkhard Peters (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP), Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD) und Lars Harms (SSW) an.

Stiftung Schloss Eutin: Der Landtag hat im September Tim Brockmann (CDU) als Parlamentsvertreter in den Stiftungsrat der Stiftung Eutin gewählt. Die Abgeordneten folgten damit einem fraktionsübergreifenden Kandidatenvorschlag.

Büchereiverein: Anette Röttger (CDU) und Beate Raudies (SPD) gehören dem neunköpfigen Vorstand des Büchereivereins Schleswig-Holstein an, der sich hauptsächlich um die Fahrbüchereien im Lande kümmert.



- Erste Reihe: Bayern, Rheinland-Pfalz, Berlin, Hessen, Baden-Württemberg
 Zweite Reihe: Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bremen
 Dritte Reihe: Provinz Sachsen, Anhalt, Ostpreußen, Danzig, Grenzmark Posen-Westpreußen, Sachsen
 Vierte Reihe: Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern

Die Wappen im Landeshaus

Im Treppenaufgang zum ersten Stock des Landeshauses befinden sich 23 in Gips gearbeitete Wappen deutscher Länder und Regionen. Das etwa vier mal fünf Meter große Kunstwerk hat der Bildhauer und Grafiker Alwin Blaué 1957 angebracht.

Die beiden oberen Reihen stellen die elf Länder der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung dar. Die erste Reihe umfasst, anders als die weiteren Reihen, nur fünf statt sechs Wappen. Diese fünf sind jeweils mit einer Krone geschmückt. Das Wappen Berlins steht in der Mitte und ist – als alte Reichshauptstadt – durch eine besonders große Krone hervorgehoben. Auch die süddeutschen Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg tragen „Kronenschmuck“.

Schleswig-Holstein bildet mit den weiteren Nordländern, NRW sowie dem Anfang 1957 hinzugekommenen Saarland die zweite Reihe – ohne Kronen, trotz teilweise ebenfalls fürstlicher Vergangenheit.

Die zwölf Wappen der unteren beiden Reihen bezeichnen deutsche Ostgebiete, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur DDR, zu Polen und zur Sowjetunion kamen. Hierzu gehören sieben ehemalige Provinzen Preußens: Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Grenzmark Posen-Westpreußen sowie die preußische Provinz Sachsen, die in etwa dem heutigen Land Sachsen-Anhalt entsprach. Das Land Sachsen, der heutige Freistaat, sowie drei weitere Länder sind ebenfalls vertreten: Mecklenburg, Thüringen (hier mit nur sieben statt der heute üblichen acht Sterne und ohne den erst 1990 eingeführten rot-weiß gestreiften Löwen) sowie Anhalt, das bis 1945 aus mehreren kleinen, von Preußen umschlossenen Territorien bestand, die heute ebenfalls zum Land Sachsen-Anhalt gehören. Komplettiert wird das Relief mit dem Wappen Danzigs, das zwischen 1919 und 1939 „Freie Stadt“ unter Mandat des Völkerbundes war.

Das Wappen-Arrangement entspricht dem Geist der Zeit und unterstreicht den damals in weiten Teilen von Bevölkerung und Politik geteilten Anspruch auf die verlorengegangenen Ostgebiete. Nach dem Krieg bestand die Bevölkerung Schleswig-Holsteins zu etwa einem Drittel aus Ost-Flüchtlingen. Im Landtag war die Vertriebenenpartei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zur Entstehungszeit des Reliefs mit zehn Abgeordneten vertreten, zwei BHE-Minister gehörten der Landesregierung an.

Der Künstler

Alwin Blaué (geboren 1896 in Hamburg, gestorben 1958 in Kiel) absolvierte in Hamburg eine Lehre als Holzbildhauer und studierte dort an der Kunstgewerbeschule sowie an der Kunstakademie Berlin. Er war in den 1920er Jahren bei Villeroy & Boch in Lübeck im Bereich Baukeramik und bei der Kieler Kunst-Keramik AG tätig. Ab 1930 arbeitete er als freier Künstler in Kiel und, zwischen 1940 und 1949, in Lütjensee (Kreis Stormarn). Dorthin war er wegen der Verfolgung durch Kieler Nationalsozialisten umgezogen.

Zu den weiteren Werken Alwin Blaués in Schleswig-Holstein zählen das Seesoldaten-Ehrenmal in Kiel-Düsternbrook (1931), die Fassade des Nissen-Hauses in Husum (1936) und das Fries „Bürger bauen eine neue Stadt“ im Kieler Rathaus (1956).



„Bafög muss besser werden“

In Deutschland gibt es immer mehr Studenten – aber immer weniger beziehen Bafög. Ein möglicher Grund: Viele junge Menschen haben Angst, sich zu verschulden, denn das „Bundesausbildungsförderungsgeld“ muss zur Hälfte zurückgezahlt werden. Das Bafög müsse attraktiver werden, fordert deswegen der SSW.

Ansonsten, so der Abgeordnete Lars Harms, drohe sich die Meinung durchzusetzen: „Ein Hochschulstudium ist nichts für mich, ich jobbe mich weiter durchs Leben.“ Seine Forderungen: Bafög-Höchstsatz (derzeit 735 Euro) für alle. Der Wohlstand im Elternhaus dürfe keine Rolle mehr spielen, schließlich seien Studenten eigenständige Erwachsene. Und: Die Studenten sollen das Bafög nicht mehr zurücküberweisen müssen, genauso wie im Nachbarland Dänemark. Das Geld sei da, betonte Harms in der Juli-Sitzung. Schließlich diskutiere man in Berlin über Steuererleichterungen im Umfang von 15 Milliarden Euro.

Beim Jamaika-Bündnis traf der SSW-Vorstoß teilweise auf Zustimmung. „Wir werden uns auf Bundesebene für ein elternunabhängiges Bafög einsetzen“, heißt es auch im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und FDP. Das Einkommen der Eltern dürfe nicht ausschlaggebend sein, ob ein Studium angestrebt werde, unterstrich Lasse Petersdotter (Grüne). Es sei eine „destruktive Ungerechtigkeit“, dass derzeit nur 23 Prozent der Studenten aus Nichtakademikerfamilien kämen. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) kündigte eine entsprechende Bundesratsinitiative an, mahnte aber: „Wir müssen uns starke Verbündete suchen, sonst werden wir keinen Erfolg haben.“

Für eine Gratis-Förderung konnte sich der Unionsabgeordnete Tim Brockmann jedoch nicht begeistern. „Das Bafög als Schenkung zu betrachten, ist ein falsches Signal, weil es jeglichen Ansatz zunichtemacht, schneller zu studieren.“ Auch Dennys Bornhöft (FDP) sah keine „gesamtgesellschaftliche Akzeptanz“ für eine Umsonst-Lösung: „Diese Leistungen werden schließlich von allen Steuerzahlern aufgebracht“.



Der Große Hörsaal der Kieler Uni: Bafög-Bezieher sind hier eine Minderheit.

Heiner Dunckel (SPD), ehemals Hochschulprofessor in Flensburg, machte noch offene Fragen aus: Sind die 735 Euro Höchst-satz wirklich „bedarfsdeckend“? Und wäre es nicht unfair, wenn auch Kinder von „Einkommensmillionären“ den Bafög-Höchstsatz bekämen?

Die AfD beteiligte sich nicht an der Debatte und votierte in der Schlussabstimmung sowohl gegen die SSW- als auch die Koalitionslinie.

Stichwort

Unbeliebtes Bafög

Laut Statistischem Bundesamt bezogen 2016 rund 823.000 Personen Bafög – 47.000 weniger als im Jahr zuvor. Es war bereits das vierte Minus-Jahr in Folge. In Schleswig-Holstein sank die Zahl um 3,6 Prozent auf 27.400. Bekamen 1991 noch 33 Prozent der Studenten das Fördergeld, so sind es heute nur 18 Prozent.

Übergriffe im Wahlkampf: Landtag will keine „Erfassungsstelle“

Mit großer Mehrheit hat der Landtag den AfD-Vorstoß abgelehnt, beim Landtagswahlleiter eine Erfassungsstelle für Übergriffe gegen Politiker, ihre Büros oder Wahlplakate einzurichten.

Für die Verfolgung von Straftaten gebe es bereits eine zuständige Stelle und das sei die Polizei, betonten Abgeordnete aller anderen Fraktionen in der Juli-Sitzung.

Claus Schaffer (AfD) beklagte, dass „tausende Plakate zerstört und entwendet, Infostände umgeworfen“ und „ganze Druckaufträge mit zigtausenden Flyern“ vernichtet worden seien. Zudem habe es „Einschüchterungen und sogar Morddrohungen“ gegen Gastwirte

gegeben, die Parteiveranstaltungen in ihren Räumen erlaubt hätten. Die Erfassungsstelle solle ein „authentisches und schlüssiges Lagebild“ dieser Vorfälle zeichnen und in einem jährlichen Bericht veröffentlichen.

Die AfD wolle offenbar „bestehende staatliche Strukturen als ineffektiv und schwach denunzieren“ und die eigene „Opferhaltung“ ausleben, argwöhnte Burkhard Peters (Grüne). Gegendemonstrationen müsse man jedoch ertragen. Und strafbare Übergriffe würden bereits jetzt in der jährlichen Kriminalstatistik der Polizei veröffentlicht.

Erneuter Vorstoß für ein „Haus der Geschichte“

Im Jahr 2021 wird das Bundesland Schleswig-Holstein 75 Jahre alt. Als Geburtstagsgeschenk will der SSW dem Norden ein „Haus der Landesgeschichte“ beschenken. Koalition sowie SPD und AfD sind grundsätzlich mit im Boot, warnen aber vor Eile und präsentierten im September unterschiedliche Ideen für Konzept und Standort.

Die Jamaika-Partner fordern zunächst bis Mitte 2018 ein „Umsetzungskonzept“ des Bildungsministeriums. Dabei soll auch untersucht werden, ob das neue Geschichtshaus an ein bereits bestehendes Museum angegliedert werden könnte. Ein weiterer Knackpunkt: die Kosten. Denn bisherige Museumspläne scheiterten stets an den klammen Landesfinanzen.

„Noch nie waren die Bedingungen so günstig wie jetzt“, blickte Jette Waldinger-Thiering (SSW) auf die derzeit entspanntere Haushaltslage. Die Überschüsse seien in einem solchen Projekt „sinnvoll angelegt“. Alle anderen Bundesländer hätten bereits eine derartige Einrichtung, so Waldinger-Thiering. Anette Röttger (CDU) verwies auf das Lübecker Hansemuseum, das „die Stadt bereichert“ habe und viele Touristen anlocke. Für die Identität des nördlichsten Bundeslandes sei ein solches Museum wichtig, denn

„nicht mehr jeder Schleswig-Holsteiner weiß noch, wie Schleswig und Holstein zusammengekommen sind“.

Martin Habersaat (SPD) erinnerte daran, dass sich der Landtag bereits 2001 geschlossen für ein „Haus der Geschichte“ ausgesprochen habe – ohne dass seitdem viel passiert sei. Statt eines zentralen Standpunktes brachte er „Landesausstellungen an unterschiedlichen Orten“ ins Spiel. „Wechselnde Standorte statt illusorischer Ideen“ lautete auch das Motto von Marlies Fritzen (Grüne). Die Haushaltslage habe sich trotz positiver Entwicklung „nicht so wesentlich verändert“, und auch andere kulturelle Einrichtungen wie Theater und Museen müssten mit engen finanziellen Spielräumen klarkommen.

Anita Klahn (FDP) schlug vor, das neue Projekt an das Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig anzudocken, das ohnehin gerade „inhaltlich und baulich neu ausgerichtet“ werde. Zur Finanzierung könne das Land auch an das „bürgerliche Engagement“ appellieren, so Klahn, ähnlich wie beim Berliner Stadtschloss, wo die neue Fassade „allein aus Spendenmitteln“ bezahlt worden sei. Dass der Norden noch kein eigenes historisches Museum habe, sei ein „Versäumnis, das es aufzuholen gilt“, merkte Volker Schnurrbusch (AfD) an. Es gehe darum, die regionale Identität und die „Verbundenheit mit der Heimat“ zu stärken.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hält das Museum „gerade in Zeiten von Geschichtsverdrehung“ für notwendig, damit junge Menschen „immun werden gegen radikale Verführer“. Auch sie warnte vor „Schnellschüssen“. In ihrem Ministerium werde bereits an einem Konzept gearbeitet, „das für Generationen tragen kann“.

Die Abgeordneten beraten das Thema im Bildungsausschuss weiter.



Zwei mögliche Vorbilder und Partner für ein „Haus der Landesgeschichte“: das Landesmuseum Schloss Gottorf (oben) und das Europäische Hansemuseum in Lübeck

Senioren fordern Kampf gegen Altersarmut

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat das schleswig-holsteinische Altenparlament Nachbesserungen am Rentensystem gefordert, um Altersarmut vorzubeugen.

So sollen die Löhne kräftig steigen, und Besserverdiener sollen mehr als bisher in den Rententopf einzahlen. Die derzeitige Obergrenze soll nach Willen der 80 Senioren entfallen. Auch freiwillige Extra-Zahlungen aufs eigene Rentenkonto sollen künftig möglich sein – als Ersatz für die umstrittene Riester-Rente. Und: Die gesetzliche Rente soll auch für Beamte und Freiberufler offenstehen, um mehr Geld ins System zu holen. Ziel müsse ein Rentensatz von 55 Prozent des letzten Netto-Einkommens sein, fordern die Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Parteien und Seniorenräten.



Außerdem regt das Altenparlament Patientenquittungen über erbrachte medizinische Leistungen an. Die Krankenversicherung soll sie den Versicherten alle drei Monate zuschicken. Das soll für mehr Transparenz im Gesundheitswesen sorgen. Ärzte und Krankenhäuser sollen zudem ihre Patientenakten auf Nachfrage offenlegen müssen. Die Beschriftung auf Lebensmittel- und Medikamentenpackungen soll besser lesbar sein, und Senioren sollen in Bus und Bahn grundsätzlich nur den halben Fahrpreis zahlen.

Einmal im Jahr tagen die Altenparlamentarier im Plenarsaal.

Die mehr als 70 Vorschläge gehen nun an die Fraktionen des Landtages, die Landesregierung sowie die schleswig-holsteinischen Abgeordneten in Bundestag und Europaparlament. Deren Stellungnahmen bilden dann die Grundlage einer Abschlussdebatte, die für den kommenden März geplant ist. Das Altenparlament tagte in diesem Jahr zum 29. Mal.

Kriminalität sinkt – wegen gewaltfreier Erziehung

Gastvortrag von Prof. Christian Pfeiffer

Viele Menschen meinen, dass die Kriminalität in Deutschland seit Jahren steige. Aber das sei ein Irrtum, so Prof. Christian Pfeiffer. Tatsächlich komme es zu immer weniger schweren Verbrechen. Und dafür gebe es konkrete Gründe, betonte der ehemalige niedersächsische Justizminister in seinem Gastvortrag vor dem Altenparlament: Bildung und gewaltfreie Erziehung.



„Je mehr Zeit die Menschen vor dem Fernseher verbringen, desto mehr verkennen sie die Wirklichkeit“, mahnte der ehemalige Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts in Hannover. Er kritisierte insbesondere die Privatsender, die das Verbrechen ins Zentrum ihrer Programme stellten und dadurch Ängste schürten. In Wirklichkeit zeigen die Kriminalstatistiken für die vergangenen 20 Jahren fast durchgehend rückläufige Zahlen, und zwar „je schwerer die Taten, desto stärker der Rückgang“. So sei die Zahl der Morde in Deutschland seit 1993 von mehr als 700 auf weniger als 300 pro Jahr gesunken. Ähnliches gelte für Raub, schwere Körperverletzung und Sexualdelikte.

Auffällig: Insbesondere unter jüngeren Menschen lasse die Gewaltneigung nach. Man könne die heutige Jugend durchaus als „beste aller Zeiten“ bezeichnen, so Pfeiffer. Sie sei nicht nur friedlicher als vorherige Generationen, sondern rauche und trinke auch weniger, begehe seltener Selbstmord und breche seltener die Schule ab. Das liege an einem „Wandel in der Erziehungskultur“, stellte der 73-Jährige fest. Das elterliche Prügeln sei verpönt und inzwischen auch gesetzlich verboten. „Je weniger Gewalt Kinder erleben, desto weniger üben sie später selbst Gewalt aus.“

Männliche Intensivtäter stammten häufig aus muslimisch oder osteuropäisch geprägten Elternhäusern, merkte Pfeiffer an. Ein Grund sei die „importierte Macho-Kultur“. Dieses Phänomen sei hochaktuell, denn die meisten Flüchtlinge, die in den letzten Jahren ins Land gekommen sind, kämen aus „Kulturen mit männlicher Dominanz“. Hier gelte es, mit Sprachkursen und schulischer Bildung Lebensperspektiven zu eröffnen, auch für diejenigen, die wieder in ihre Heimat zurückkehren. „Bildung ist pure Kriminalprävention“, unterstrich Pfeiffer.

Bundesstraßen unter Berliner Aufsicht?

Bis Ende dieses Jahres soll feststehen, ob die Bundesstraßen in Schleswig-Holstein künftig zentral von Berlin aus verwaltet werden. Das sagte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) Anfang September im Wirtschaftsausschuss.

Eine schnelle Entscheidung liege im Interesse der rund 1.400 Bediensteten des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr (LBV-SH). Der LBV-SH ist derzeit für die 1.545 Kilometer Bundesstraßen im Lande zuständig. Die Koalition prüft, ob diese Aufgabe an den Bund übertragen werden sollte. Die SPD fordert dagegen den Verbleib beim Land, aufgrund der besseren regionalen Kenntnisse.

„Unsicherheit ist das Schlimmste“, sagte der Verkehrsminister mit Blick auf die Beschäftigten. Schleswig-Holstein muss bis zum 31. Dezember 2018 entscheiden, ob eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft künftig für die Fernstraßen zuständig sein soll. Buchholz will deutlich schneller sein: Derzeit erarbeite eine vom Ministerium beauftragte Unternehmensberatung ein Gutachten.

Es soll das Für und Wider aufzeigen. Abwägungskriterien seien etwa Personal, Kosten und der künftige Einfluss des Landes. Hierüber will der Ausschuss im November eine mündliche Anhörung abhalten.

Hintergrund der Diskussion ist die Neuregelung der Bund-Länder-Finzen vom Oktober 2016. Dabei wurde im Grundgesetz verankert, dass Planung, Bau und Verwaltung von Autobahnen ab 2021 komplett in die Hand des Bundes übergehen sollen. Im Gegenzug erhalten die Länder mehr Geld aus Berlin. Eine noch zu gründende Bundes-Infrastrukturgesellschaft soll sich um die Autobahnen kümmern und, falls ein Land das wünscht, auch um die Bundesstraßen.

Zehn Einwände gegen das Wahlergebnis

Beim Landeswahlleiter sind insgesamt zehn Einwände gegen die Gültigkeit der Landtagswahl vom 7. Mai eingegangen. Ein gravierender Verstoß gegen das Wahlgesetz sei aber nicht zu erkennen, betonte Wahlleiter Tilo von Riegen, der die Ergebnisse seiner Vorprüfung Anfang September im

Innen- und Rechtsausschuss vorstellte. Insgesamt sei es eine „komplikationslose, un-aufgeregte Wahl“ gewesen, so von Riegen. Es gebe keinen Anlass, die Rechtmäßigkeit der Wahl und die Sitzverteilung im Landtag anzuzweifeln. Der Ausschuss und der Wissenschaftliche Dienst erarbeiten nun eine Stellungnahme zu den Einsprüchen. Der Landtag entscheidet dann abschließend.

Die Beschwerden richteten sich zum Beispiel gegen die Fünf-Prozent-Klausel, gegen das Wahlrecht für Menschen mit gesetzlichem Betreuer und gegen eine angebliche Beeinflussung von Wählern durch Behörden in Heide, Kiel und Schleswig. Auch die Verwendung von Leichter Sprache in der Wahlbenachrichtigung wurde kritisiert, ebenso wie der Umstand, dass die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch nicht in der Benachrichtigung berücksichtigt wurden.

Vier Einwände wurden als berechtigt eingestuft. Absender waren jeweils Briefwähler, die ihren Wahlbrief im Wahllokal abgeben wollten, die aber vom Wahlvorstand zurückgewiesen wurden. Dies stelle zwar einen „Wahlfehler“ dar – die Wahlhelfer hätten die Umschläge annehmen müssen. Dieses Versäumnis habe aber letztlich keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Landtages, so Wahlleiter von Riegen. Er kündigte an, sein Merkblatt für die Wahlvorstände an diesem Punkt zu präzisieren.

Derzeit keine Pläne für Atommüll-Endlager im Lande



Gesucht: ein Endlager für Atommüll, zum Beispiel aus Brunsbüttel

Nach aktuellem Stand deutet nichts darauf hin, dass ein Endlager für Atommüll in Schleswig-Holstein entstehen könnte. Darauf hat Energiewendeminister Robert Habeck (Grüne) Mitte September im Umwelt- und Agrarausschuss hingewiesen. Die SPD hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Habeck begegnete damit Befürchtungen im Norden des Landes. Aufgrund von Dokumenten aus den 1970er-Jahren gibt es Spekulationen, dass ein solches Lager im Kreis Schleswig-Flensburg geplant sei. Diese Unterlagen seien veraltet, so Habeck: „Es gibt keinen Anlass zur Besorgnis.“

Der Minister verwies auf den bundesweiten Fahrplan bei der Endlagersuche. Bis 2031 soll eine Kommission einen geeigneten Standort finden, der dann bis 2050 erschlossen werden soll. Bis die Suchkommission ihr Ergebnis verkünde, sei ganz Deutschland „eine weiße Landkarte“, betonte Habeck. Damit sei auch Schleswig-Holstein theoretisch betroffen. Ob es im Lande geeignete geologische Bedingungen gebe, könne er nicht sagen.

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, dem Lesen und dem Verstehen. Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.



Viele behinderte Menschen dürfen nicht den Bundes-Tag wählen

In Deutschland gibt es ein Gesetz, das behinderte Menschen von Wahlen ausschließt. Angeblich, weil sie nicht verstehen, was sie tun. Deswegen durften etwa 80.000 Erwachsene nicht den Bundes-Tag mitwählen.

Verena Bentele ist Behinderten-Beauftragte der Bundes-Regierung. Sie fordert: Alle Menschen mit Behinderung müssen an allen Wahlen teilnehmen. Und das so schnell wie möglich.



Verena Bentele ist Behinderten-Beauftragte der Bundes-Regierung.

Das Wahlgesetz schließt behinderte Menschen aus, die einen Betreuer haben. Dieser Betreuer kümmert sich zum Beispiel um das Konto von dem behinderten Menschen.

Betroffen sind zum Beispiel Menschen mit Down-Syndrom oder anderen geistigen Behinderungen. Oder mit einer schweren Demenz-Krankheit. Ein Richter sagt, ob die Betreuung nötig ist.

Diese Menschen sind in Deutschland von der Wahl zum Bundes-Tag und von der Europa-Wahl ausgeschlossen. Und auch von den meisten Landtags-Wahlen. Nur in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen ist das anders. Bei den Wahlen im Mai durften sie zum ersten Mal wählen.

Es ist falsch, dass diese Menschen mit Betreuung nicht den Bundes-Tag wählen dürfen, sagt Verena Bentele. Denn sie dürfen zum Beispiel ja auch ein Auto kaufen.

Man darf diese Menschen nicht ausgrenzen, nur weil sie nicht so gut mit anderen Menschen sprechen können, findet Verena Bentele. Denn auch sie können sich eine Meinung bilden. Und entscheiden, wer ihre Interessen am besten vertritt im Bundes-Tag.

Außerdem gibt es viele Möglichkeiten hier zu helfen, sagt Verena Bentele. Etwa die Leichte Sprache oder Bilder zum Erklären.

Acht behinderte Menschen haben beim Bundes-Verfassungs-Gericht dagegen geklagt, dass sie nicht wählen dürfen. Das ist das wichtigste Gericht in Deutschland. Nun warten sie darauf was die Richter entscheiden.

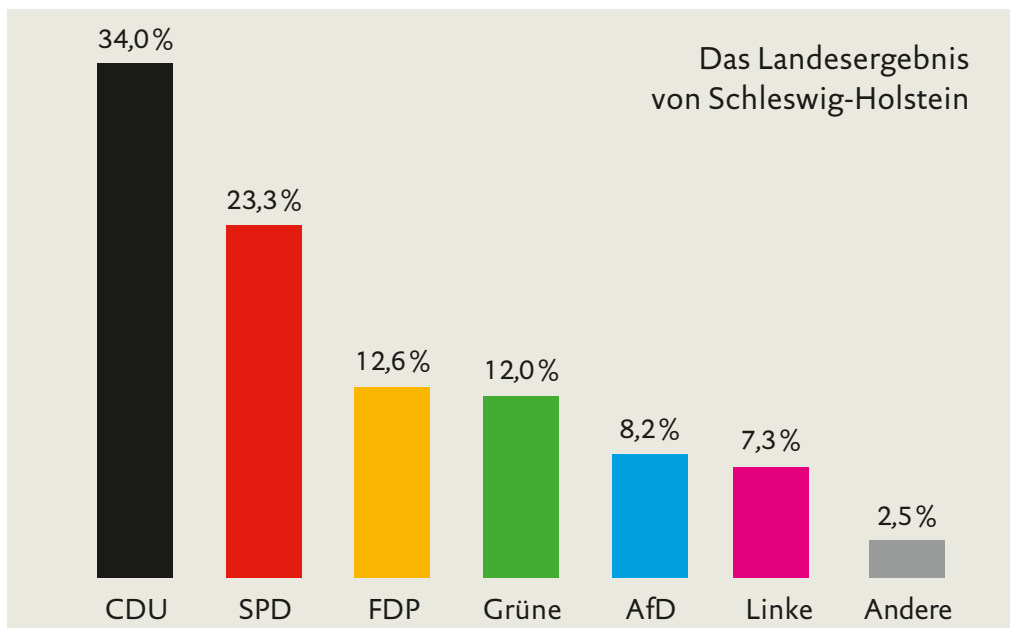
Erklärung:

Der **Bundes-Tag** ist eine Gruppe von Politikern. Es sind ungefähr 700 Leute aus ganz Deutschland. Sie werden alle vier Jahre neu gewählt. Sie entscheiden über Gesetze. Und wofür der Staat Geld ausgibt.

Bundestagswahl: Schwarz und Rot verlieren auch im Norden

Die Bundestagswahl am 24. September sorgte auch im Lande für politische Umwälzungen. CDU und SPD verzeichneten Einbußen, die kleineren Parteien legten zu. Allerdings gab es Unterschiede zum Bundestrend.

Die Schleswig-Holstein-CDU wurde mit 34,0 Prozent erneut stärkste Partei, die Verluste waren mit 5,2 Prozent geringer als die der Union auf Bundesebene (mehr als acht Prozentpunkte weniger). Die Nord-SPD verzeichnete ihr seit Gründung der Bundesrepublik schlechtestes Ergebnis mit 23,3 Prozent. Das waren 8,2 Prozentpunkte weniger als 2013, ein höherer Verlust als deutschlandweit. Bisher schlechtestes Ergebnis waren 26,5 Prozent im Jahr 1953. CDU-Kandidaten eroberten zehn der elf Wahlkreise, und die



Union war zum ersten Mal seit 1965 in Lübeck erfolgreich. Lediglich in Kiel konnten sich die Sozialdemokraten behaupten.

Die Nord-FDP konnte mit 12,6 Prozent ihr Bundesergebnis (10,7 Prozent) übertreffen. Die Grünen kamen in Schleswig-Holstein auf 12,0 Prozent (2013: 9,4 Prozent). Sie lagen damit klar über dem Bundesergebnis (8,9 Prozent). Die AfD mit 8,2 Prozent und die Linken mit 7,3 Prozent hatten erheblich weniger

Zuspruch als im Bundesdurchschnitt (AfD: 12,6 Prozent, Linke: 9,2).

Die Wahlbeteiligung war auch im Lande höher als bei der Bundestagswahl 2013. Es gaben 76,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Das waren 0,3 Prozentpunkte mehr als im Bundesschnitt. Vor vier Jahren lag die Beteiligung im Lande bei 73,1 Prozent.

26 Nordlichter für Berlin

Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten im Bundestag

CDU:

Petra Nicolaisen, Astrid Damerow, Mark Helfrich, Johann Wadephul, Melanie Bernstein, Michael von Abercron, Gero Storjohann, Ingo Gaedechens, Norbert Brackmann, Claudia Schmidtke

SPD:

Mathias Stein, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Ernst Dieter Rossmann, Nina Scheer, Gabriele Hiller-Ohm

FDP:

Wolfgang Kubicki, Gyde Jensen, Christine Aschenberg-Dugnus

Grüne:

Luise Amtsberg, Konstantin von Notz, Ingrid Nestle

AfD:

Bruno Hollnagel, Axel Gehrcke

Linke:

Cornelia Möhring, Lorenz Gösta Beutin

Vom Landtag in den Bundestag



Michael von Abercron, CDU, im Landtag von 2009 bis 2012



Astrid Damerow, CDU, im Landtag von 2009 bis 2017



Petra Nicolaisen, CDU, im Landtag seit 2009



Gero Storjohann, CDU, im Landtag von 1994 bis 2002



Luise Amtsberg, Grüne, im Landtag von 2009 bis 2012



Wolfgang Kubicki, FDP, im Landtag seit 1992



Ernst Dieter Rossmann, SPD, im Landtag von 1987 bis 1998



Johann Wadephul, CDU, im Landtag von 2000 bis 2009

Der Parlaments-Knigge: Was ist erlaubt?

Beim politischen Wettstreit im Plenarsaal gibt es Regeln, die festlegen, was man darf. Oder was man auf keinen Fall tun oder sagen sollte. Einige Beispiele:

Zwischenrufe: Eine Landtagssitzung ist kein Vortrag, wo die Zuhörer gebannt den Ausführungen des Redners lauschen. Die Debatte soll die unterschiedlichen politischen Positionen verdeutlichen, und dazu gehört es, dass der Redner mit Widerspruch aus dem gegnerischen Lager rechnen muss. Insofern ist der Zwischenruf in Deutschland Teil der parlamentarischen Tradition – anders als etwa in den skandinavischen Ländern, wo es verpönt ist, den Redner zu stören. Ein Zwischenruf darf allerdings nicht beleidigend sein. Und er sollte kurz und prägnant bleiben. „Parallelreden“ sind nicht erwünscht. Hinzu kommt: Nur Abgeordnete dürfen laute Kommentare abgeben. Die Mitglieder der Landesregierung müssen stumm bleiben.

Applaus: Das Gleiche gilt für den Beifall. Abgeordnete dürfen klatschen, Minister nicht.

Ordnungsrufe: Wenn ein Parlamentarier „die Ordnung verletzt“, wie es in der Geschäftsordnung heißt, dann kann der Landtagspräsident ihm einen Ordnungsruf erteilen. Es ist nicht genau definiert, was als Ordnungsverletzung anzusehen ist. Das Recht eines Parlamentariers auf freie Rede gibt ihm einen breiten Spielraum. Aber wer seine Mitmenschen beleidigt, bedroht oder in ihrer Ehre verletzt, muss damit rechnen, dass das Präsidium eingreift. In den hochpolitischen 70er- und 80er-Jahren kam es im Plenarsaal häufiger zu Ordnungsverstößen. In den vergangenen Jahren ist ihre Zahl stark gesunken. Ordnungsrufe gab es beispielsweise für Aussagen wie „Lümmel“, „Nachtwächter“, „Flegel“, „Heuchler“, „Wirkkopf“ oder „Feigling“, für den Vorwurf der Lüge oder für den Satz „Sie haben den geistigen Minirock noch nicht ausgezogen“.

Ausschluss: Erzielt der Ordnungsruf als „gelbe Karte“ keine Wirkung, kann der Landtagspräsident einem Redner das Wort entziehen oder sogar einem Abgeordneten einen „Platzverweis“ erteilen. Der Parlamentarier muss dann für den Rest des Tages der Debatte fernbleiben. Dies war zuletzt im November 1994 der Fall, als ein Abgeordneter der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ den Plenarsaal mit einem Bauchladen betrat und Päckchen verteilte. Dies war als Protest gegen die Drogenpolitik der damaligen Landesregierung gedacht.

Aktionen: Abgeordnete haben mehrfach die Plenarsitzung für öffentlichkeitswirksame Auftritte genutzt. Im Februar 2016 legten die Piraten ein Vogel-Strauß-Plüschtier auf die Tische der SPD, um deren angebliche realitätsfremde „Vogel-Strauß-Politik“ zu kritisieren. Dafür gab es einen Ordnungsruf. Im Dezember 2005 erschien die komplette Grünen-Fraktion mit T-Shirts, die eine durchgestrichene Zigarette zeigten. Die Demonstration für ein umfassendes Rauchverbot beschäftigte später den Ältestenrat.

Kleidung: Eine Kleidungsvorschrift für Abgeordnete gibt es nicht. Waren in vergangenen Jahrzehnten noch Anzug mit Schlips



Umstrittene Aktionen:

Die Piraten bringen 2016 einen Plüsch-Strauß mit, die Grünen werben 2005 per T-Shirt für ein Rauchverbot.

oder klassische Damenkostüme üblich, so sind heute auch Sakko, Hemd oder Sommerkleid an der Tagesordnung. Die Hausordnung des Landtages verbietet Gästen eine „unangemessene Bekleidung“, etwa mit politischer oder gewaltverherrlichender Aufschrift. Journalisten und Kameraleute, die sich während der Sitzung im Saal aufhalten, sollen „eine dem Parlament angemessene gepflegte Kleidung“ tragen.

Anwesenheit: Abgeordnete haben laut Geschäftsordnung „die Pflicht, an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen“ und müssen sich morgens in eine Liste eintragen. Wer fehlt, etwa wegen Krankheit, muss dies dem Präsidenten mitteilen. Die Mitglieder der Landesregierung „haben zu den Sitzungen des Landtages Zutritt“, wie es heißt. Ist ein Minister aus wichtigen Gründen verhindert, so muss er dies rechtzeitig dem Ältestenrat mitteilen. Ansonsten kann ihn das Parlament herbeizitiert. Dies geschah beispielsweise im September 2016, als die Staatskanzlei es versäumt hatte, einen auswärtigen Termin von Ministerpräsident Torsten Albig anzukündigen. Die Opposition forderte die Anwesenheit des Regierungschefs, und Albig musste ins Landeshaus eilen.

Zuschauer: Die Abgeordneten sollen grundsätzlich frei von äußeren Beeinflussungen debattieren und abstimmen können. Deswegen sind Beifall, Missbilligung, Zwischenfragen oder das Zeigen von Transparenten auf der Zuschauertribüne nicht gestattet.

„Es macht Spaß, mit anderen Rednern zu streiten“

Fünf „Neulinge“ ziehen Zwischenbilanz

Knapp vier Monate sind vergangen, seit sich der Landtag nach der Wahl neu zusammengefunden hat. Wie haben Neu-Parlamentarier ihre ersten Wochen im Landeshaus und ihren Wechsel in die Berufspolitik erlebt? Landtagsvolontärin Yvonne Windel hat nachgefragt.

Wie hat die neue Aufgabe als Abgeordnete/r Ihren Alltag verändert?

Tobias Loose (CDU): „Das kann ich noch gar nicht wirklich sagen. Im Moment bin ich noch in der Eingewöhnungsphase, und bis Ende Oktober arbeite ich noch halbtags in meinem vorherigen Job als Einkaufsleiter bei der Lufthansa Technik in Hamburg, um einen geregelten Übergang für meine Nachfolge sicherzustellen. Mit Sicherheit freue ich mich aber darauf, dass ich als Kieler Abgeordneter in Zukunft nicht mehr so weit zur Arbeit pendeln muss.“

Özlem Ünsal (SPD): „Ich freue mich sehr über das hohe Interesse der Bürgerinnen und Bürger an meiner neuen politischen Arbeit auf Landesebene. An meinem Bekanntheitsgrad und der Termindichte hat sich nicht allzu viel verändert. Denn meine bisherige Tätigkeit als Referentin im Landesdienst und Kommunalpolitikerin in Kiel war neben einer hohen Arbeitstaktung auch von einer starken Vernetzung mit der Zivilgesellschaft und viel Bürgernähe geprägt.“

Aminata Touré (Grüne): „Komplett. Ich bin derzeit noch dabei, mich einzufinden, Abläufe kennenzulernen, mich mit Vereinen und Verbänden zu treffen, neue Mitarbeiterinnen einzustellen für die Wahlkreisarbeit und vieles mehr. Zusammengefasst: Einfinden in die neue Rolle.“

Kay Richert (FDP): „Nachdem direkt nach der Wahl die Koalitionsverhandlungen stattgefunden haben und dann die Regierungsbildung folgte, nebenher bereits Sitzungen meines Innenausschusses stattfanden und sich nun noch die diversen Arbeitskreise konstituiert haben: Ich weiß noch nicht so genau, wie mein zukünftiger Alltag aussehen wird. Aber natürlich habe ich das ungeheure Glück, dass ich meine Leidenschaft zum Beruf machen durfte. Das ist wohl die entscheidendste Veränderung für mich.“

Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD): „Für mich als Rechtsanwältin hat sich mein Arbeitsalltag von den Arbeitsabläufen her nicht wesentlich verändert, das merke ich besonders bei meiner Arbeit als Vorsitzende des Petitionsausschusses.“

Gibt es Dinge, die Sie überrascht haben?

Tobias Loose: „Besonders überrascht hat mich, wie analog viele Abläufe im Landtag sind. Als Abgeordneter erhält man jede Woche unheimlich viel Papier. Das kenne ich aus meinen bisherigen Tätigkeiten nicht und bin mir sehr sicher, dass in den kommenden Jahren auch im Landtag die Digitalisierung weiter voranschreiten wird. Positiv überrascht war ich über das meistens freundliche Miteinander der Abgeordneten über Fraktionsgrenzen hinaus. Gerade die Zusammenarbeit mit den Abgeordnetenkollegen von Bündnis 90/Die Grünen in der Regierungskoalition hatte ich mir schwieriger vorgestellt.“

Özlem Ünsal: „Der Politikbetrieb hält eine Vielzahl von Überraschungen parat. Die Bereitschaft vieler Kollegen, trotz politischer Differenzen die konstruktive Zusammenarbeit zu suchen, wenn die Regeln demokratischer Kultur gewahrt werden, bewerte ich positiv. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitenden der Landtagsverwaltung für die Offenheit und Hilfsbereitschaft, die uns Abgeordneten das Ankommen in den ersten Tagen sehr erleichtert hat.“

Aminata Touré: „Überraschungen gab es noch nicht wirklich, aber die werden in den nächsten fünf Jahren sicher kommen.“

Kay Richert: „Im Großen und Ganzen ist der politische Betrieb mir nicht neu, da ich seit mehreren Jahren als Flensburger Ratsherr aktiv bin. Natürlich gibt es da Unterschiede, aber die Grundstruktur ist ähnlich. Respekt hatte ich vor den Landtagsdebatten, die ja doch etwas schärfer geführt werden als auf kommunaler Ebene – aber überraschenderweise macht es richtig Spaß, ‚in der Bütt‘ mit



Tobias Loose (CDU)



Özlem Ünsal (SPD)



Aminata Touré (Grüne)



Kay Richert (FDP)



Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD)

den Rednern anderer Parteien um Ansätze und Lösungen zu streiten.“

Doris von Sayn-Wittgenstein: „Wir haben als Abgeordnete der AfD einen sehr harten und unfairen Wahlkampf hinter uns. Deshalb empfinde ich den Alltag und den Umgang, den sowohl die Abgeordneten aber insbesondere auch die Mitarbeiter des Landtages pflegen, als sehr angenehm.“

„Martin Luther ist uns heute fern und fremd“

Prof. Heinz Schilling ist einer der führenden Experten zur Geschichte der Frühen Neuzeit. Anlässlich des 500. Reformationsjubiläums luden ihn Landtag und Nordkirche Mitte Juli zur Lesung ins Landeshaus. Zuvor traf er sich zum Gespräch mit der Landtagszeitschrift.



Prof. Heinz Schilling, 1942 geboren, hat zur Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit in Bielefeld, Gießen, Osnabrück und bis zu seiner Emeritierung 2010 an der Berliner Humboldt-Universität geforscht und gelehrt. Der in Köln aufgewachsene Historiker ist Autor der Biographie „Martin Luther. Rebell in einer Zeit des Umbruchs“. Im Landeshaus stellte er sein aktuelles Werk „1517 - Weltgeschichte eines Jahres“ vor.



Rund 400 Gäste kamen zur Lesung mit Prof. Heinz Schilling in den Plenarsaal.

Herr Prof. Schilling, warum feiern wir eigentlich den 31. Oktober 1517 als Reformationstag? Es wären doch auch andere Termine denkbar ...

Ja, darüber wird diskutiert. Einige Historiker verweisen darauf, dass die großen reformatorischen Schriften 1520 erschienen sind, so dass die kirchliche Wende eigentlich in diesem Jahr liegt. Was die politischen Konsequenzen anbelangt, ist der Reichstag zu Worms im April 1521 wichtig, als Luther sich weigerte, seine Thesen zu widerrufen und als die Glaubensspaltung innerhalb des Reiches offensichtlich wurde. Hier trat Luther auf der größtmöglichen öffentlichen Bühne auf. Verglichen mit der heutigen Zeit war das so, als ob er vor der UNO gesprochen hätte.

Ist der 31. Oktober also nicht das richtige Datum?

Doch, ich breche dennoch eine Lanze für den 31. Oktober 1517, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wurde dieses Datum schon im 16. Jahrhundert gefeiert, und es hat sich in den vergangenen 500 Jahren eingepreßt. Von Luther selbst ist das Zitat überliefert, dass er an einem 31. Oktober „ein Glas auf diese Tat erheben“ wollte. Und zweitens: Mit dem 31. Oktober stürzt der erste Dominostein, und die Entwicklung kommt in Gang.

In Luthers Zeit galten Hölle und Teufel als Realität, er selbst durchlebte Seelenqualen auf dem Weg zu seiner neuen religiösen Überzeugung. Das können moderne, westlich geprägte Menschen kaum nachvollziehen ...

Wir müssen als erstes begreifen: Luther ist nicht der uns Nahe, sondern er ist uns fern

und fremd. Es führt kein Weg daran vorbei, sich zunächst einmal mit dieser fremden Zeit zu befassen, um Luther für die Gegenwart und die Zukunft zu begreifen.

Wo liegen die Unterschiede zur heutigen Zeit?

Ein entscheidender Punkt ist, dass Religion eine so dermaßen präzente Rolle in Staat und Kultur, selbst in der Wirtschaft und insbesondere in der Lebenswelt der Menschen spielte, dass wir uns das heute kaum noch vorstellen können. Und die Religion ist von anderer Qualität. Es ist eine auf das Jenseits ausgerichtete Religiosität, und jeder setzt seine religiöse Wahrheit absolut. So kam es zu den furchtbarsten Konflikten. Auch das ist für uns heutzutage wichtig: Wir müssen uns bewusst machen, was für eine Feindseligkeit, was für ein Fundamentalismus aus der Reformation entstanden sind.

Fundamentalismus ist auch zurzeit ein Thema.

Wenn wir verstehen, was Religion zu Luthers Zeiten bedeutet hat, dann können wir auch in der Gegenwart die uns ebenfalls fremde Welt des Islam begreifen. Was dort heute an Konflikten zu beobachten ist, das haben wir vor 400 Jahren im Dreißigjährigen Krieg schon durchlebt. Toleranz ist auch dem Westen nicht in die Wiege gelegt worden.

Was empfehlen Sie?

Zunächst einmal müssen auch säkularisierte Menschen wieder verstehen, welche fundamentale Kraft die Religion hat. Gerade weil wir wissen, was Religion hier zu Beginn des 16. Jahrhunderts bedeutet hat, kann man

nachvollziehen, welches Gewicht sie auch heute noch in anderen Kulturkreisen hat. Man sollte nicht arrogant sagen: Ach, das ist ja die Welt von gestern.

Was würde Luther von der Ökumene halten, die ja auch eine Wiederannäherung an den Katholizismus mit sich bringt?

Ich bin nicht sicher, ob Luther heute auf der Linie der Evangelischen Kirche Deutschlands, der EKD, läge. Ich sehe eher eine Annäherung der Katholiken an den Luther des 16. Jahrhunderts, mit seinem Verständnis von Religion. Die katholische Kirche befasst sich intensiver mit dem religiösen Kern seiner Lehre. Bei den Jubiläumsprojekten der EKD habe ich den Eindruck, dass sie an der Oberfläche bleiben. Das finde ich schade.

Der „Studierendenrat“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fordert, die Hochschule umzubenennen ...

Das zeigt, wie geschichtsfern die gegenwärtige Kultur ist, und das gilt gerade auch für sich selbst als progressiv empfindende Studenten. Man kann generell streiten, ob man Universitäten nach Menschen benennen sollte. Aber wenn eine Universität den Namen Luther übernimmt, dann bedeutet das ja nicht, dass sie rundum alle Positionen dieses Mannes mitträgt. Wo gibt es schon einen Menschen, bei dem man nichts findet, was man kritisieren könnte?

Konkret sprechen die Studenten vom „Menschenfeind Luther“ und werfen ihm die Diskriminierung von Frauen vor.

Das ist lächerlich. Gemeint ist hier wohl: Diskriminierung von dem Typ Frau, den wir in unserer Zeit als Leitbild haben, nämlich feministisch und selbstständig. Die hat er nicht diskriminiert, weil es die in seiner Welt überhaupt nicht gab. Luther hatte ein anderes Frauenbild als das heutige, aber es war von größter Achtung geprägt.

„Die Katholiken befassen sich zurzeit intensiver mit Luther“

Ein weiterer Vorwurf: Luther habe das „Ziel der Auslöschung des Judentums“ verfolgt.

Diese Frage ist wesentlich komplexer. Dass er Judenfeind war und dass wir darüber heute erschrocken sind, das ist natürlich richtig. Ob man deswegen den Namen aufgeben sollte? Ich selbst halte es für fruchtbarer, eine historische Analyse zu machen. Luther lebte in einer Zeit des theologischen Aufbruchs, nicht nur im Christentum, sondern auch im Judentum. Welche Möglichkeiten hätte es damals gegeben, wenn jüdische und christliche Theologen aufeinander zugegangen wären und miteinander diskutiert hätten? Auch Luther hatte Besuch von Rabbinern.

Aber es war ihm offenbar nicht möglich, ins Gespräch zu kommen, weil er bei seiner absoluten Wahrheit blieb. Das wären Punkte, die man aufgreifen könnte für ein Forschungsprogramm an dieser Universität.

Luther hat in seinen Schriften ein Gleichheitsideal vertreten. Andererseits gibt es deutliche Aussagen gegen die aufständischen Bauern und Plädoyers für die bestehende Ordnung. Wo stand Luther politisch?

Den wird man nicht in Ihrem Landtag verorten können, links, rechts oder in der Mitte. War Luther ein Demokrat? Nein! Wer war in jener Zeit schon Demokrat? Keiner! Es ist eine Fehlinterpretation, Luther für die Demokratie verantwortlich zu machen. Und es ist ebenso falsch, ihn als Begründer des Obrigkeitsstaates zu betrachten. Verantwortlich ist er aber durchaus dafür, dass wir heute brav unsere Steuern zahlen. Seine Obrigkeit ist der souveräne Staat, der das Gewaltmonopol ausübt und damit den inneren Frieden sichert sowie die sozialen und Bildungsbelange der „Untertanen“, modern gesprochen „der Bürger“, sicherstellt.

Interview: Karsten Blaas



Am Tag der Lesung mit Prof. Schilling lief das Nordkirchenschiff in der Kieler Förde ein und machte für zwei Tage vor dem Landeshaus fest. Die Dreimastbark „Artemis“ hat im abgelaufenen Sommer im Auftrag der Nordkirche insgesamt 14 Häfen entlang der Ost- und Nordseeküste sowie der Elbe angesteuert. An Bord luden Seeleute und Kirchenmitarbeiter zu Feiern, Gottesdiensten und Konzerten.

Heider Schüler dominieren den Geschichtswettbewerb

Schüler des Werner-Heisenberg-Gymnasiums aus Heide haben Mitte Juli die meisten Landessiege beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten abgeräumt. Drei Arbeiten der Gymnasiasten aus Dithmarschen zählten zu den besten in Schleswig-Holstein. Insgesamt 94 Aufsätze, Hörspiele und Filme wurden zum diesjährigen Thema „Gott und die Welt. Religion macht Geschichte“ eingereicht. Die Jury prämierte 14 Landessieger. 14 weitere Arbeiten erhielten einen Förderpreis. Die Preisverleihung des Landeswettbewerbs, der alle zwei Jahre von der Körber-Stiftung ausgerichtet wird, fand traditionell im Landtag statt.



Die Sieger vom Heisenberg-Gymnasium mit ihrem Geschichtslehrer Volker Gaul (v. li.): Lea Stotz (10. Klasse, Thema: „Pastor Treplin und Hardemarschen im Kirchenkampf“), Anna Medrow (8. Klasse, Thema: „Freimaurerei zur Zeit des Dritten Reiches in Heide“) und Niklas Bruhn (7. Klasse, Thema: „Die Hemmingstedter Lutherglocke – Wahrheit oder Mythos“). Mehr zu Niklas' Arbeit unten auf dieser Seite.

Planten Dithmarscher ein Attentat auf Luther?

Niklas Bruhn (13) untersuchte einen Kriminalfall aus dem 16. Jahrhundert

In Dithmarschen ist folgende Legende überliefert: Um das Jahr 1529 herum sind einige katholische Großbauern aus der Region empört über den Kirchenreformer Martin Luther. Sie stiften Johannes Craisbach, einen Geistlichen aus Westfalen, an, nach Wittenberg zu reisen und Luther zur Rückkehr zum alten Glauben zu bewegen. Falls das nicht gelingt, soll Craisbach den geistigen Führer des Protestantismus vergiften. Der Attentäter macht sich auf den Weg, ist dann aber von Luther so beeindruckt, dass er den Mordplan aufgibt. Das Geld, das er für den Anschlag bereits erhalten hat, will Craisbach den Dithmarschern zurückgeben. Doch die wollen mit dem kriminellen Vorhaben nun nichts mehr zu tun haben. Der Mörderlohn wird schließlich in eine Glocke der Hemmingstedter Kirche investiert.

Was davon ist Mythos, was ist Wahrheit? Niklas Bruhn aus Hemmingstedt hat nachgeforscht. Auf zwölf Seiten hat der Siebtklässler aufgeschrieben, was er in Bibliotheken und Archiven zu diesem Kriminalfall gefunden hat. Er hat alte Chroniken und die Texte von Lokalhistorikern ausgewertet. Für seine Arbeit ist Niklas nun zum Landessieger beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten gekürt worden. Die Jury lobte das „außergewöhnliche Geschichtsverständnis“ des 13-jährigen Nachwuchsforschers.

Nach Niklas' Einschätzung spricht einiges dafür, dass es den Mordplan tatsächlich gegeben hat. Drei kirchengeschichtliche Texte aus dem 18. Jahrhundert erwähnen einen Johannes Craisbach, der um 1529 im katholischen Kloster Bodeck in Westfalen lebte. Eine Quelle will sogar wissen, dass sich Craisbach vor seinem Eintritt ins Kloster in

Dithmarschen aufgehalten hat. Auch die Reise nach Wittenberg wird in den Quellen beschrieben. Dort soll Craisbach zum Protestantismus übergetreten sein. Er sei fünf Jahre geblieben und habe bei Luther persönlich studiert. Er habe sogar eine Zeit lang in dessen Haus gelebt, nachdem er dem Reformator seine Mordabsichten gebeichtet und um Verzeihung gebeten habe. Die Geschichte sei mehrfach detailliert überliefert und damit durchaus glaubhaft, sagt Niklas. Zwar finden sich in Luthers eigenen Texten keine Hinweise auf den bekehrten Attentäter Craisbach. Aber dass es verschiedene Mordpläne gegen den Reformator gab, ist belegt.

Weniger wahrscheinlich ist hingegen der zweite Teil des Mythos, stellt Niklas fest: Craisbach, der ab 1548 als Pastor in Dithmarschen wirkte, soll das Blutgeld dafür verwendet haben, in Husum eine neue Glocke für die Kirche in Hemmingstedt gießen zu lassen, heißt es. Und das mehr als 60 Jahre nach seinem Aufenthalt in Wittenberg, kurz vor seinem Tod 1598, im Alter von 95 Jahren. Nicht plausibel, findet Niklas. Wer bewahrt schon so viel Geld Jahrzehnte lang auf? Und außerdem: Die Chroniken besagen, dass Craisbach in Wittenberg von den Münzen lebte, die er für den Mordanschlag erhalten hatte. Da dürfte wohl nicht viel für eine neue Glocke übrig geblieben sein.

Dennoch gibt es im Turm der Hemmingstedter Marienkirche noch heute eine „Lutherglocke“. Die Legende um den Mordplan und die angeblich vom Blutgeld gegossene Kirchenglocke sind in diesem Namen verewigt. „Aufgrund meiner vielen Recherchen höre ich die Glocke unter einem völlig neuen Aspekt“, sagt Niklas, der in der Nähe des Kirchturms wohnt.

Die Marienkirche in Hemmingstedt. Die dortige „Lutherglocke“ erinnert an eine Dithmarscher Legende und einen spektakulären Kriminalfall.





Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-110 und 0431/988-111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Gespräche über den Staat. Hrsg. von Prof. Dr. Utz Schliesky. Gespräche mit Dr. Robert Habeck, Prof. Dr. Peter M. Huber, Prof. Dr. Norbert Lammert, Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Prof. Dr. Andreas Vosskuhle. München: Beck 2017. 275 S.

Die von Landtagsdirektor Utz Schliesky dokumentierten und auf einem einheitlichen Fragenkatalog basierenden Gespräche mit herausragenden Persönlichkeiten des Staatslebens widmen sich zentralen Themen, zu denen der moderne Staat Stellung beziehen muss: Flüchtlingskrise und Integration, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Krise und Zukunft der Europäischen Union, Digitalisierung und einiges mehr. Entstanden sind so sechs Bilder vom Staat, sechs Blicke auf den Staat, in dem wir leben.



Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt.

Von Prof. Dr. Timothy Garton Ash. München: Hanser 2016. 687 S.

Die schnelle Verbreitung von Nachrichten durch das Internet hat viele positive Aspekte, provoziert aber auch kulturelle, religiöse und politische Konflikte. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat sich mit dieser Problematik auseinandergesetzt und Prinzipien entwickelt, die das Recht auf Redefreiheit genauso wie die Würde Andersdenkender sichern sollen. Ein Standardwerk über die Frage, wie wir in Zukunft vernünftig unsere Standpunkte austauschen wollen.



Neue Anfänge? Der Umgang der evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien. Band I: 1945-1965.

Von Dr. Stephan Linck.

Kiel: Lutherische Verlagsgesellschaft 2013. 352 S.

Die protestantische Kirche unterstützte in ihrer Mehrheit nicht nur die Nationalsozialisten, sie bereitete auch dem völkischen Antisemitismus den Weg. Die im Auftrag der Kirche geschriebene Studie des Kieler Historikers Stephan Linck befasst sich mit der Frage, wie die vier ehemaligen Landeskirchen Schleswig-Holsteins und Hamburgs nach 1945 mit ihrer eigenen Schuld und Mittäterschaft umgingen. Der jüngst erschienene zweite Band der Untersuchung thematisiert die Wandlungen der vergangenheitspolitischen Kontroversen der 1960er- und 1970er Jahre.

50 Jahre Wissenschaftlicher Dienst

Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages, der die Parlamentarier juristisch berät, hat am 1. September sein 50. Jubiläum gefeiert. Vom Verfassungs-, Staats- und Kommunalrecht über Hochschulrecht bis hin zum Umweltrecht können Fraktionen, Abgeordnete oder Ausschüsse die Expertise der Parlamentarjuristen einholen. Rund 70 schriftliche Gutachten verfassen die sieben Mitarbeiter pro Jahr, hinzu kommt eine Vielzahl mündlicher Beratungen. Daneben begleiten sie die Plenarsitzungen und betreuen Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht. „Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Dienstes sind eine wichtige und oft grundlegende Stütze für die parlamentarische Arbeit“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie. Bei ihrer Beratung sind die Juristen keiner dienstlichen Weisung unterworfen und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Tamo Schwarz, Holger Stöhrmann, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Stadtarchiv Kiel - 2.3 Magnussen-Sig3293, SPD, W.Diederich - grafikfoto.de, Lutherische Verlagsgesellschaft, Carl-Hanser Verlag, Beck-Verlag, CAU Kiel, Waler (Fotolia), Antonioguilllem (Fotolia), Gino Santa Maria (Fotolia), jggon (Fotolia), wavebreakmediaMicro (Fotolia), mstein (Fotolia), dermerkur (Fotolia), Sammlung Theaternuseum Kiel, SPD-Landesverband

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

29. September 2017

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Bürgerbeauftragte beklagt Mängel bei Sozialbehörden

Streit über Schulbegleitung und Kita-Gebühren, Probleme mit Hartz IV, Ärger mit Krankenkassen: Über solche Fälle berichtet Schleswig-Holsteins Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, in ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016. Mitte September übergab sie das 110 Seiten starke Werk an Landtagspräsident Klaus Schlie (s. Foto).

Insgesamt 3.323 Petitionen erreichten die Beauftragte. Ein besonderes trauriges Kapitel sei der Streit um die Kosten für die Schulbegleitung behinderter Kinder, beklagt El Samadoni. 103 Fälle habe es gegeben, wo sich die Kreise vor der Kostenübernahme gedrückt hätten. Probleme mit Hartz IV waren mit 876 Eingaben der größte Bereich. Sprunghaft gestiegen sind die Petitionen rund um die gesetzliche Krankenversicherung (von 353 auf 450). Besorgniserregend sei, dass immer mehr Menschen lediglich eine medizinische Notversorgung erhielten, wegen Beitragsrückständen in der Krankenversicherung. Die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung müsse gestärkt und der Zugang erleichtert werden, fordert die Bürgerbeauftragte.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der Bereich Kita gewesen, berichtet die Bürgerbeauftragte. Familien hätten sich über zu hohe Gebühren beklagt, wie auch über die Schwierigkeit, einen bedarfsgerechten Kita- oder Krippenplatz zu finden. Das galt insbesondere für Krippenplätze für U3-Kinder. „In vielen Fällen stand deswegen der Rechtsanspruch auf einen Kita- oder Krippenplatz lediglich auf dem Papier“, so El Samadoni.



Abgeordnete persönlich

Kathrin Wagner-Bockey, SPD
geb. am 14. Februar 1968
in Buchholz/Nordheide
evangelisch, verheiratet, zwei Kinder
Kriminalhauptkommissarin



Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich bin mit dem kommunalpolitischen Engagement meines Vaters groß geworden, der sich über 40 Jahre in den Bereichen Gemeinde-, Samtgemeindevertretung und Kreistag an verantwortlicher Stelle engagiert hat. Von meinem Elternhaus wurde mir der Wert von Demokratie und Verantwortungsbewusstsein, aber auch politische Gestaltungsfreude mitgegeben. Einen einzelnen konkreten Anlass für mein Engagement gab es nicht.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Ich wollte schon als Kind Polizistin werden. Diesen Beruf habe ich ergriffen und 28 Jahre gerne ausgeübt. An dem Polizeiberuf hat mich immer sehr gereizt, mit Menschen zu tun zu haben und einen Blick hinter die ‚Lebenskulissen‘ werfen zu können. Das hilft mir heute bei meiner Abgeordnetentätigkeit. Ich glaube, ich habe eine gute Vorstellung davon, wie unterschiedlich Lebensverhältnisse sind und was es bedeutet, wenn Menschen aufgrund äußerer Verhältnisse weniger Chancen im Leben haben.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Meine Lieblingsfächer waren Deutsch und Geschichte.“

Was war Ihr allererster Job?

„In meinem ersten Job außerhalb unseres familiären Haushalts war ich Reinigungskraft in einem Käseherstellungs- und Verkaufsbetrieb. Ich habe auch mal als Kellnerin gejobbt.“

Was macht Sie wütend?

„Rassismus und Diskriminierung machen mich wütend. Rechtspopulistische, platte Schuldzuweisungen und Kriminalisierungsversuche in Bezug auf einzelne Gruppen finde ich unerträglich. Menschen ihre Würde als Individuum abzusprechen, ist nicht akzeptabel.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Für Schleswig-Holstein wünsche ich mir generell ein besseres, dichteres ÖPNV-Netz bei niedrigen Fahrpreisen. Die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und die in den Städten dürfen sich nicht zu sehr unterscheiden. Weder beim ÖPNV noch bei den Nahversorgungsmöglichkeiten und der ärztlichen Hilfe dürfen ganze Regionen abgehängt werden. Auch heute noch gilt es, sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen. Wir müssen die Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer so weiterentwickeln, dass sie noch besser auf familiäre Verpflichtungen abgestimmt sind. Dazu gehört für mich auch die Möglichkeit, möglichst viele Ausbildungsgänge in Teilzeit absolvieren zu können. Bildung sollte kostenfrei sein und deshalb setze ich mich auch weiterhin dafür ein, dass das auch für den Kita-Besuch gilt. Dass Frauen und Männern der gleiche Lohn für gleiche Arbeit zusteht, ist leider noch immer keine Selbstverständlichkeit. Hier gibt es noch viel zu tun.“



Junge Saxofon-Talente der Lübecker Musikschule begeisterten Ende Juli rund 70 Gäste im Schleswig-Holstein-Saal. Chiara Paulsen, Ansgar Pohl, Lasse Schrank und Marita Piltschik (v. li.) spielten Werke zwischen Folklore, Jazz und Rock. Unter dem Motto „die halbe Stunde der Besten“ präsentiert der Landesmusikrat regelmäßig heimische Musiktalente im Landeshaus.



Die deutsche Botschafterin im Vatikan, Annette Schavan, war Anfang Juli in Kiel und besuchte auch das Landeshaus. Im Foyer trug sich die ehemalige Bundesbildungsministerin ins Gästebuch ein.



Nach 19 Jahren hat sich Henrik Becker-Christensen, dänischer Generalkonsul in Flensburg, aus seinem Amt verabschiedet. Landtagspräsident Klaus Schlie hat den Historiker Anfang August im Landeshaus empfangen. Becker-Christensen (li.) war seit 1998 Generalkonsul, seit 2000 ist er zudem Professor an der Syddansk Universitet in Sonderburg.

Zu Besuch im Landeshaus

Schüler und Lehrer aus dem chinesischen Xingchang waren im Juli gemeinsam mit ihren Gastgebern vom Beruflichen Gymnasium Eutin zu Besuch im Landtag. Parlamentspräsident Klaus Schlie begrüßte die Gäste.



Der ukrainische Botschafter Andrij Melnik (li.) war Mitte August zu Gast bei der FDP-Fraktion, anschließend begrüßte ihn Landtagsvizepräsident Oliver Kumbartzky. Thema der Gespräche war die Krim-Krise.





Nr. 3/2017 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine, Termine ...

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angele-
genheiten, Samiah El Samadoni, ist auch
im Herbst wieder im Lande unterwegs,
um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 5. Oktober: Lübeck

Dienstag, 17. Oktober: Heide

Donnerstag, 2. November: Lübeck

Dienstag, 21. November: Heide

Donnerstag, 7. Dezember: Lübeck

Dienstag, 19. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen
Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150,
10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postel-
weg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung
erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen
„Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karo-
linenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00
bis 18:30 Uhr.

Ausstellung zur Kieler Theatergeschichte

Bilder, Plakate und Requisiten aus rund 100 Jahren
Theatergeschichte gibt es im November im Landtag zu
sehen. Unter dem Motto „Halte fest was Dir von allem
übrig blieb“ präsentiert der „Verein zum Wiederaufbau
eines Theatermuseums in Kiel“ Teile seiner Sammlung.
Der Verein betreut die Reste des 1924 gegründeten Kieler
Theatermuseums, das im Zweiten Weltkrieg schwere Ver-
luste erlitt. Seitdem werden die Exponate an verschiedenen
Orten aufbewahrt. Der Verein setzt sich dafür ein, sie wieder
dauerhaft und gemeinsam der Öffentlichkeit vorzuführen.

Die Ausstellung, die der Landtag mit der Investitions-
bank Schleswig-Holstein ausrichtet, ist vom 2. bis zum
27. November täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Eine
Anmeldung ist nicht erforderlich, bitte bringen Sie Ihren
Personalausweis mit.

Vertiefte Einblicke bietet eine Begleitveranstaltung am
Montag, den 13. November, um 19:00 Uhr. Näheres unter
www.sh-landtag.de. Hierfür wird bis zum 8. November um
Anmeldung gebeten. E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de



Ein Bild aus der Sammlung
des Theatermuseums:
Der junge Gustaf Gründgens
gehörte 1921/22 zum Ensemble
des Kieler Stadttheaters.

Gedenken am Volkstrauertag

Der Landtag, die Landesregierung, die Stadt
Kiel sowie der Volksbund Kriegsopferfürsorge
laden am Volkstrauertag zur zentralen Gedenkstunde für die Opfer von Krieg und
Gewaltherrschaft. Die Veranstaltung unter
der Überschrift „Krieg und Menschenrechte“
beginnt am Sonntag, den 19. November, um
11:30 Uhr im Plenarsaal.

Nach der Begrüßung durch den Volks-
bund-Landesvorsitzenden Ekkehard Klug
hält der Vorsitzende des Bundes Deut-
scher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen,
die Gedenkrede. Landtagspräsident Klaus
Schlie spricht das Totengedenken. Das
Blechbläserquintett des Marinemusik-
korps Kiel gestaltet die musikalische
Umrahmung. Interessierte werden gebeten,
sich bis zum 2. November beim Volksbund
anzumelden. Tel.: 0431/9066190 oder
info@volksbund-sh.de



Theodor Mommsen,
undatierte Fotografie

Doppelter Geburtstag: 200 Jahre Storm und Mommsen

Neben Theodor Storm hat in diesem Jahr ein weiterer
großer Schleswig-Holsteiner seinen 200. Geburtstag: Theodor
Mommsen, in Garding geborener Althistoriker und 1902 erster
deutscher Literatur-Nobelpreisträger. Mommsen verband mit
Storm nicht nur das Geburtsjahr und die nordfriesische Heimat.
Beide studierten auch zusammen in Kiel und gaben 1843, ge-
meinsam mit Mommsens Bruder Tycho, einen Gedichtband
heraus: das „Liederbuch dreier Freunde“.

Eine Ausstellung des Husumer Storm-Hauses unter dem Titel „Was macht der Poet:
Theodor Mommsen und Theodor Storm 1817 – 2017“ ist ab dem 30. November, dem
200. Geburtstag des Historikers, im Landeshaus zu sehen. Außerdem ist eine Auftaktver-
anstaltung für Montag, den 20. November, um 19:00 Uhr geplant.

Näheres unter www.sh-landtag.de. Theodor Mommsen war Professor für Römisches
Recht und Römische Geschichte, unter anderem in Zürich und Berlin. Zudem gehörte er
dem preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag an. Den Nobelpreis erhielt er für
seine mehrbändige „Römische Geschichte“.

Die Ausstellung ist vom 30. November bis zum 31. Dezember täglich von 10:00 bis 18:00
Uhr im Landtag zu sehen. Der Eintritt ist kostenlos, Gäste sollten ihren Personalausweis
dabei haben.

Zur Auftaktveranstaltung ist eine Anmeldung erforderlich: anmeldung@landtag.ltsh.de